

# Geschäftsbericht 2024



Provinzial Pensionskasse Hannover AG



# Geschäftsbericht 2024



Provinzial Pensionskasse Hannover AG



# Inhalt

## Gremien

- 7 Organe der Provinzial Pensionskasse Hannover AG

## Provinzial Pensionskasse Hannover AG

- 8 Lagebericht
- 24 Gewinnverwendungsvorschlag
- 25 Regelmäßige Informationen zu den in Artikel 8 der Verordnung (EU) 2019/2088 und Artikel 6 der Verordnung (EU) 2020/852 genannten Finanzprodukten
- 32 Jahresabschluss
- 50 Bestätigungsvermerk
- 54 Bericht des Aufsichtsrats



# Aufsichtsrat, Vorstand und Treuhänder der Provinzial Pensionskasse Hannover AG

## Aufsichtsrat

Jörg Sinner  
Mitglied des Vorstands der  
Landschaftlichen Brandkasse Hannover,  
Provinzial Lebensversicherung Hannover,  
Hannover  
Vorsitzender

Dr. Ulrich Knemeyer  
Vorsitzender des Vorstands der  
Landschaftlichen Brandkasse Hannover,  
Provinzial Lebensversicherung Hannover,  
Hannover  
Stellv. Vorsitzender

David Bartusch  
Mitglied des Vorstands der Öffentlichen  
Lebensversicherung Sachsen-Anhalt und  
der Öffentlichen Feuerversicherung  
Sachsen-Anhalt

## Vorstand

Kerstin Garbe  
Vorsitzende

Christian Drögemüller

## Aktuar

Bernhard Clemens Patzelt

## Treuhänder für das Sicherungsvermögen

Dr. Christian Haferkorn

Tanja Reiche  
Stellvertreterin

# Lagebericht

## Bericht des Vorstands

### Geschäftsmodell

Die VGH Versicherungen sind ein Zusammenschluss der Landschaftlichen Brandkasse Hannover, der Provinzial Lebensversicherung Hannover, der Provinzial Krankenversicherung Hannover AG und der Provinzial Pensionskasse Hannover AG. Sie bilden eine öffentlich-rechtlich organisierte Versicherungsgruppe und den größten Regionalversicherer Niedersachsens.

Alleiniger Aktionär der Provinzial Pensionskasse Hannover AG ist die Landschaftliche Brandkasse Hannover.

Die Provinzial Pensionskasse Hannover AG bietet Pensionskassenverträge im Rahmen der betrieblichen Altersversorgung über die Vertriebswege der VGH, die selbstständige Ausschließlichkeitsorganisation und die Sparkassen in Niedersachsen und Bremen an. Die Beratung erfolgt auch direkt über Spezialisten der Direktion.

Den langfristigen Erfolg des Unternehmens misst die Provinzial Pensionskasse Hannover AG an der Sicherstellung einer angemessenen Nettoverzinsung der Kapitalanlagen, um die Garantieverpflichtungen langfristig erfüllen zu können.

### Wirtschaftsbericht

#### Allgemeine Rahmenbedingungen

#### Konjunkturelles Umfeld\*

Nach wie vor bestehen in zahlreichen Regionen der Welt Krisenherde und geopolitische Spannungen, die die Entwicklung der Weltwirtschaft deutlich beeinträchtigen können. Dazu zählen vor allem der Krieg in der Ukraine, die Auseinandersetzungen im Nahen Osten und der Konflikt zwischen China und Taiwan. Nach dem russischen Angriff auf die Ukraine und der folgenden Energiekrise stieg in 2022/2023 die Inflation bedrohlich an. Durch eine konsequente Zinspolitik des Zentralbanksystems der USA (FED), der Europäische Zentralbank (EZB) und weiterer geld- und wirtschaftspolitischer Maßnahmen konnte die Geldwertstabilität in den verschiedenen Währungsräumen nahezu wiederhergestellt werden. Infolge dessen wurden in 2024 von den Zentralbanken die Leitzinsen sukzessive gesenkt. Diese positiven Signale unterstützten das Wirtschaftswachstum in den meisten Regionen.

Insgesamt wird im Jahr 2024 eine zufriedenstellende Expansion der Weltwirtschaft beobachtet. In den USA zeigt sich eine robuste Konjunktur, welche insbesondere durch die steigenden Konsumausgaben getragen wurde. In China kann trotz der weiterhin bestehenden strukturellen Immobilienkrise durch stimulierende Staatsingriffe ein Wirtschaftswachstum verzeichnet werden. Die Rohstoffpreise bleiben weitgehend stabil. Eine unterschiedliche Entwicklung zeigt sich bei den Industrierohstoffen und Erdgas, die sich verteuern, während die Rohölpreise zum Ende des Jahres leicht nachgeben. Das ifo Institut rechnet in seiner Wachstumsprognose mit einem Anstieg der weltweiten Wirtschaftsleistung um 2,6 Prozent (Vorjahr: 2,9 Prozent).

\* ifo Institut, ifo Konjunkturprognose Winter 2024



Die Konsumnachfrage der privaten Haushalte im Euroraum hat sich aufgrund der niedrigen Inflation und steigender Reallöhne leicht verbessert. Die Industriekonjunktur bleibt durch niedrigere Auftragsbestände weiterhin belastet. Die Arbeitsmärkte im Euroraum zeigen sich robust. Trotzdem bleibt die Situation aufgrund des demografischen Wandels und der Verknappung des Arbeitskräfteangebots auf den Arbeitsmärkten im Euroraum angespannt. Die monatliche Inflationsrate sinkt in 2024 kontinuierlich in Richtung des EZB-Ziels von 2,0 Prozent. Vor diesem Hintergrund rechnet das ifo Institut für das Jahr 2024 in der Eurozone mit einem Anstieg des Brutto-Inlandsprodukts (BIP) von 0,7 Prozent (Vorjahr: 0,5 Prozent). Der Anstieg der Verbraucherpreise für das Gesamtjahr wird bei 2,4 Prozent (Vorjahr: 5,4 Prozent) eingeschätzt. Die Arbeitslosenquote liegt in den letzten beiden Jahren stabil bei ca. 6,0 Prozent.

Die deutsche Wirtschaft stagniert im Jahr 2024 weitestgehend. Über das gesamte Jahr betrachtet wird letztendlich ein leichter Rückgang des Brutto-Inlandprodukts in Höhe von – 0,2 Prozent (Vorjahr: – 0,3 Prozent) gemessen. Obwohl die Inflation im Verlauf des Jahres rückläufig ist und ein erhöhter Anstieg der Lohneinkommen verzeichnet werden kann, bleibt eine kräftige Erholung des privaten Konsums vorerst aus. Die Verunsicherung der Verbraucher lässt sich an der stabilen Sparquote auf hohem Niveau ablesen. Die Zinspolitik der Zentralbanken wirkt weniger restriktiv, hat jedoch weiterhin einen dämpfenden Einfluss auf die Konjunktur, wodurch das Volumen der deutschen Exporte noch einmal zurückgeht. Als Folge der Energiekrise ist weiterhin ein struktureller Wandel bei industriellen Großabnehmern für Gas und Strom zu beobachten, die trotz gesunkener Energiepreise Teile der energieintensiven Produktion an andere Standorte außerhalb Deutschlands verlagern. Die Verbraucherpreise erhöhen sich in 2024 durchschnittlich um 2,2 Prozent (Vorjahr: 5,9 Prozent). Die preisbereinigten Konsumausgaben der privaten Haushalte steigen um 0,3 Prozent (Vorjahr: – 0,2 Prozent). Die Sparquote liegt bei 11,4 Prozent (Vorjahr: 10,4 Prozent). Die Arbeitslosenquote steigt leicht auf 6,0 Prozent (Vorjahr: 5,7 Prozent).

### Kapitalmärkte

Trotz der politischen Unsicherheiten und geopolitischen Konflikten greifen die eingeleiteten Maßnahmen, um die wirtschaftlichen Entwicklungen zu stabilisieren und die Inflation einzugrenzen. Die EZB hat ihr Ziel, zeitnah zu einer Inflationsrate von 2 Prozent zurückzukehren, fest im Blick. Die Leitzinssätze der EZB werden im Juni, September, Oktober und Dezember jeweils um 25 Basispunkte gesenkt. Der Zins für kurzfristige Einlagen bei der EZB sinkt dadurch zum Jahresende auf 3,0 Prozent. Der Spielraum für diese Zinssenkungen ist vorhanden, denn zum Ende des Jahres sank die Inflationsrate für den Monat Dezember auf 2,6 Prozent. Es bestehen noch leichte Unsicherheiten, ob die restriktive Geldpolitik nicht durch „Zweitrundeneffekte“ aus nachgelagerten Lohn- und Gehaltssteigerungen konterkariert wird. Auch Trends wie die demografische Entwicklung und die Zunahme internationaler Handelsbarrieren könnten den Inflationsdruck aufrecht halten. Dennoch werden die Anleiheprogramme der EZB in 2024 weiter reduziert und auslaufende Papiere nicht reinvestiert. Die Bilanzsumme der EZB sinkt um ca. 8,3 Prozent auf 6,4 Billionen Euro.

Auch die US-Notenbank FED zieht mit Zinssenkungen im September um 50 Basispunkte, sowie im November und Dezember um 25 Basispunkte nach, sodass der Leitzins nun in einer Spanne von 4,25 – 4,50 Prozent liegt. Die vielfach diskutierten Rezessionsbefürchtungen in den USA haben sich nicht bestätigt. Die US-Wirtschaft weist trotz der restriktiven Zinspolitik ein Wachstum des realen Bruttoinlandsproduktes von 2,8 Prozent (2,9 Prozent) aus. Die Inflationsrate in den USA sinkt von 4,1 Prozent im Vorjahr auf 3,0 Prozent im Berichtsjahr 2024.

Die Aktienmärkte reagieren sehr positiv auf das wirtschaftliche und geldpolitische Geschehen trotz der konjunkturellen Abkühlungen in China und Europa. Alle wesentlichen Aktienindizes sind im Jahresverlauf stark gestiegen, teilweise werden Höchststände erreicht verbunden mit einem Rückgang der Aktienrisikoprämien. Der deutsche Leitindex DAX überschreitet in 2024 zwischenzeitlich erstmals die Marke von 20.000 Punkten und schließt mit einem Stand von 19.909 Punkten. Die Jahresperformance des deutschen Leitindex liegt bei 18,9 Prozent, die des MSCI-World, in Euro gerechnet, bei 25,1 Prozent. Auch in 2024 zeigt sich jedoch eine erhebliche Spreizung bei der Entwicklung der Indizes. So hat der MDAX für Deutschland mit – 5,7 Prozent konträr zum DAX abgeschnitten, während der Dow Jones Index in den USA erneut weit hinter dem breiter gefassten S&P 500 Index zurückbleibt. Zumindest für Deutschland lässt dies Rückschlüsse auf die schlechte Wirtschaftslage zu, denn anders als bei den global ausgerichteten Börsengesellschaften des DAX sind die kleineren Gesellschaften im MDAX stärker von der lokalen Konjunktur abhängig.

Die Rentenmärkte können ihren Konsolidierungskurs des Jahres 2023 hingegen nicht fortsetzen. Trotz sinkender Notenbankzinsen kommt es bei den Marktzinsen für mittlere und längere Laufzeiten zu Renditeanstiegen, die die Kurse belasten. Ursächlich für die gestiegenen Zinserwartungen sind die über dem Zielniveau liegende Inflation, die steigende Verschuldung zahlreicher Volkswirtschaften sowie die protektionistischen Tendenzen der neuen US-Regierung. Die Renditen 10-jähriger Bundesanleihen steigen im Jahresverlauf von 2,0 Prozent auf 2,3 Prozent, die Renditen der US-Treasuries unter teils ungewöhnlich hohen Schwankungen von 3,9 Prozent auf 4,6 Prozent. Für Unternehmensanleihen hingegen ist das Umfeld positiv. Die stabile Weltkonjunktur und das Ausbleiben einer Rezession in den USA sorgen für ein freundliches Umfeld.

### Deutscher Versicherungsmarkt

Die Geschäftsaussichten für Lebensversicherungsprodukte werden in der Langfristperspektive unverändert als günstig eingeschätzt. Für die Kunden besteht neben kapitalgedeckter Altersvorsorge weiterhin ein Bedarf zur Absicherung biometrischer Risiken in Form von Berufsunfähigkeit und Langlebigkeit. Das erwartete Geschäftsklima – gemessen am Konjunkturbarometer des ifo Instituts für die Versicherungsbranche – hat sich im Geschäftsjahr 2024 kontinuierlich verbessert.

Aufgrund der Zinsentwicklung und entgegen den Erwartungen zu Jahresbeginn hat sich die Wettbewerbsposition langfristiger Altersvorsorgeprodukte gegenüber den Verzinsungen von Termingeldern verbessert. Das höhere Zinsniveau eröffnet den Spielraum, die Gewinnbeteiligung bei Verträgen mit Zinsgarantien zu überprüfen. Zahlreiche Lebensversicherer haben zum 1.1.2024 ihre Überschussanteile erhöht.

Gemäß der im November 2024 veröffentlichten Erstversicherungsstatistik 2023 der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungen (BaFin) standen zum 31.12.2023 125 Pensionskassen unter Bundesaufsicht. Damit sank die Anzahl der beaufsichtigten Unternehmen gegenüber dem Vorjahr um ein Unternehmen. Im Geschäftsjahr 2023 verzeichneten die deutschen Pensionskassen der genannten Statistik entsprechend einen Beitragsrückgang in Höhe von 3,4 Prozent (Vorjahr: Wachstum von 0,2 Prozent). Gleichzeitig stieg die Anzahl der versicherten Personen – Anwärter und Rentner – im Geschäftsjahr 2023 von 10,2 auf 10,4 Millionen. Aufgrund der gesamtwirtschaftlichen Entwicklungen werden auch für das Jahr 2024 stagnierende Beitragseinnahmen erwartet.

### Rahmenbedingungen im Geschäftsgebiet

Der Automobil-/Fahrzeugbau, die Nahrungsmittelindustrie und die Landwirtschaft gehören zu den starken Wirtschaftszweigen in Niedersachsen. Da die Provinzial Pensionskasse nur in den Bundesländern Niedersachsen und Bremen tätig ist, hängt das Geschäftspotenzial unseres Unternehmens stark vom Wachstum und der Wertschöpfung in diesen Bereichen ab. Unterjährig entwickelt sich die preisbereinigte Wirtschaftsleistung in Niedersachsen auf Vorjahresniveau. Der Rückgang im produzierenden Gewerbe kann durch den Dienstleistungsbereich kompensiert werden.

Die skizzierten Entwicklungen prägen im Geschäftsjahr 2024 auch den Versicherungsmarkt im Geschäftsgebiet der Provinzial Pensionskasse.

### Veränderte Markt- und Wettbewerbsbedingungen

#### Digital Operational Resilience Act (DORA)

Mit der DORA-Verordnung (Digital Operational Resilience Act) verfolgt die Europäische Kommission das Ziel, einen einheitlichen Rahmen für ein effektives und umfassendes Management von Cybersicherheits- und IKT-Risiken auf den Finanzmärkten zu schaffen. Dabei wird der Schwerpunkt von der Gewährleistung der finanziellen Widerstandsfähigkeit von Finanzunternehmen verlagert: auf die Sicherstellung der Aufrechterhaltung eines widerstandsfähigen Betriebs im Falle einer schwerwiegenden Betriebsunterbrechung, die die Sicherheit des Netzes und der Informationssysteme gefährden könnte. Durch steigende Cyberangriffe ist es für Finanzunternehmen notwendiger denn je, sich auf Vorfälle vorzubereiten und Maßnahmen zur Stärkung der Cyber-Resilienz einzuführen.

Das Geschäftsjahr wurde genutzt, die vorhandenen Sicherheitsstrukturen bei unserem IT-Dienstleister mit den DORA-Anforderungen abzugleichen, anzupassen und zu verstärken.

Dabei stand die Etablierung eines ganzheitlichen Risikomanagements, die Implementierung von Notfall- und Wiederherstellungsplänen sowie der Überprüfung von IT-Dienstleistern auf deren Resilienz im Mittelpunkt.

### KI-Verordnung der EU (AI Act)

Die KI-Verordnung der EU (AI Act) setzt den Fokus auf die Regulierung von Künstlicher Intelligenz (KI) und legt je nach Risikokategorie der eingesetzten Systeme spezifische Anforderungen fest. Für Unternehmen, die KI-Systeme mit hohem Risiko einsetzen, wie etwa bei Entscheidungsfindungen in der Versicherungsbranche, bestehen strenge Vorgaben zur Nachvollziehbarkeit, Transparenz und Diskriminierungsfreiheit. Es sind einerseits die regulatorischen Anforderungen zu erfüllen, andererseits sollen die Potenziale der KI-Technologie genutzt werden. Die Verordnung ist am 1. August 2024 in Kraft getreten, der überwiegende Teil der Vorschriften gelten ab August 2026.

### Gesamtbewertung

Im Geschäftsjahr 2024 konnte die Provinzial Pensionskasse die bilanziellen Kennzahlen verbessern. Das gute Jahresergebnis wurde genutzt, um stille Lasten im Kapitalanlageportfolio abzubauen und das Eigenkapital zu stärken. Zur langfristigen Absicherung der Zinsverpflichtungen wurde die Zinsverstärkung bzw. Zinszusatzreserve um 1,2 Millionen Euro aufgestockt. Die Ermittlung der Zinsverstärkung im Altbestand erfolgte mit Genehmigung der BaFin auf Basis eines sogenannten modifizierten Referenzzinses in Höhe von 1,90 Prozent. Die Überschussbeteiligung für das Jahr 2024 wurde um 0,50 Prozentpunkte gegenüber dem Vorjahr angehoben. Der Rückversicherungssaldo einschließlich Depotzinsen für den in 2018 neugefassten Quotenrückversicherungsvertrag auf Normalbasis betrug für das Geschäftsjahr 2024 3,5 Millionen Euro. Das gestiegene Zinsniveau wirkt sich in der Langfristperspektive sehr positiv auf das Geschäftsmodell aus. Das Neugeschäft und die Beitragsentwicklung blieben jedoch hinter den Erwartungen zurück. Zusammen mit der Landschaftlichen Brandkasse als Aktionär und Generalagent für die Vermittlung und den Vertrieb von Pensionskassenverträgen werden die Rahmenbedingungen zur Vergütung und die Produktgestaltung in 2025 weiterentwickelt.

### Überschussverwendung

Nach Zuführung zur Rückstellung für Beitragsrückerstattung in Höhe von 180 Tausend Euro ergab sich ein Jahresüberschuss von 495 Tausend Euro (Vorjahr: 50 Tausend Euro). Dabei ist zu berücksichtigen, dass das Ergebnis im Geschäftsjahr positiv von dem Rückversicherungsvorgang beeinflusst ist. Der Hauptversammlung wird vorgeschlagen, den Bilanzgewinn auf neue Rechnung vorzutragen. Das ausgewiesene Eigenkapital beträgt 35.342 Tausend Euro (Vorjahr: 34.847 Tausend Euro).

### Neuzugang, Bestand und Beitragseinnahme

Für die Provinzial Pensionskasse ergab sich ein Neuzugang von 1.212 Personen (Vorjahr: 1.037) und damit ein Plus von 16,9 Prozent in der Stückzahl. Der Bestand stieg leicht um 0,2 Prozent auf 29.991 Personen (Vorjahr: 29.919) einschließlich in- zwischen 2.693 laufenden Renten (Vorjahr: 2.444).

Die Beitragseinnahmen sanken um 1,4 Prozent auf 22,5 Millionen Euro (Vorjahr: 22,8 Millionen Euro). 12,8 Millionen Euro der Beitragseinnahmen entfallen auf in Rückdeckung gegebene Versicherungsbestände.

## Versicherungsleistungen und Rückversicherung

Die Versicherungsleistungen betragen 23,1 Millionen Euro (Vorjahr: 20,8 Millionen Euro). Diese wurden weit überwiegend als einmalige Kapitalzahlung ausgezahlt, denn von den Personen, die die Altersgrenze erreichen, wählten nach wie vor die Mehrzahl die Kapital- statt der Rentenzahlung.

Insgesamt erhöht sich die Deckungsrückstellung für das selbst abgeschlossene Geschäft um 14,7 Millionen Euro auf 581,6 Millionen Euro (Vorjahr: 566,9 Millionen Euro). 518,1 Millionen Euro der gesamten Deckungsrückstellung entfallen auf das in Rückdeckung gegebene Geschäft. Dieser Betrag entspricht den Depotverbindlichkeiten. Vorbehaltlich der Zustimmung durch den Aufsichtsrat wurden der Rückstellung für Beitragsrückerstattung 180 Tausend Euro (Vorjahr: 130 Tausend Euro) zugeführt.

Um der zukünftigen Steigerung der Lebenserwartung Rechnung zu tragen, war die Deckungsrückstellung für den Altbestand auf Basis genehmigter Geschäftspläne diesbezüglich um insgesamt 25,6 Millionen Euro auf 430,3 Millionen Euro zu erhöhen (Aufwand 2024: 1,1 Millionen Euro).

Die Zinsverstärkung bzw. Zinszusatzreserve war von 53,5 Millionen Euro im Vorjahr auf 54,7 Millionen Euro zu erhöhen.

Die Gesamtverzinsung aus Rechnungszins und Überschussanteil liegt 2025 wie im Vorjahr bei 2,50 Prozent. Die Aufstellung der Überschussanteilsätze aller Tarife befindet sich im Anhang.

## Kosten

Die Provinzial Pensionskasse beschäftigt außer den Vorständen keine eigenen Mitarbeiter.

Es werden Dienstleistungen der Provinzial Lebensversicherung Hannover in Anspruch genommen.

An Abschlusskosten fielen 758 Tausend Euro (Vorjahr: 895 Tausend Euro) an. Die laufenden Verwaltungskosten betragen 945 Tausend Euro (Vorjahr: 995 Tausend Euro). Die Abschlusskostenquote liegt bei 3,4 Prozent (Vorjahr: 3,9 Prozent), die Verwaltungskostenquote bezogen auf die Beiträge belief sich auf 4,2 Prozent (Vorjahr: 4,4 Prozent).

## Kapitalanlagen

Der Kapitalanlagebestand stieg auf 616,7 Millionen Euro (Vorjahr: 595,2 Millionen Euro). Der überwiegende Teil in Höhe von 54,2 Prozent (Vorjahr: 54,6 Prozent) ist in Namensschuldverschreibungen und Schuldscheindarlehen inklusive übrige Ausleihungen angelegt. Über 92,7 Prozent der Festzinstitel im Direktbestand waren in Anleihen der öffentlichen Hand, Anleihen mit Gewährträgerhaftung und deutsche Pfandbriefe mit sehr guter bzw. bester Bonität investiert.

In weltweit diversifizierten Spezialfonds wurden 34,8 Prozent (Vorjahr: 36,1 Prozent) der gesamten Kapitalanlagen angelegt. Aufgrund der hohen Qualität des festverzinslichen Bestands sowie der laufenden Steuerung und Überwachung ist das Bonitätsrisiko insgesamt unverändert als gering einzustufen.

Das aktuelle Zinsniveau an den Kapitalmärkten verbessert die Ertragssituation der Provinzial Pensionskasse. In der Neuanlage im Direktbestand konnte im Mittel eine Rendite von 3,1 Prozent erzielt werden. Insgesamt ergaben sich Netto-Kapitalerträge in Höhe von 13,6 Millionen Euro (Vorjahr: 13,4 Millionen Euro) und eine Nettoverzinsung der Kapitalanlagen von 2,2 Prozent (Vorjahr: 2,3 Prozent).

Die Provinzial Pensionskasse weist zum Jahresende saldierte stille Lasten in Höhe von 65,1 Millionen Euro (Vorjahr: 64,1 Millionen Euro) bzw. 10,6 Prozent (Vorjahr: 10,8 Prozent) des Anlagebestandes aus. Der leichte Anstieg der saldierten Lasten ist auf die Kapitalmarktentwicklung im Jahr 2024 zurückzuführen.

## Nicht-finanzielle Erfolgsfaktoren

### Nachhaltige Kapitalanlage

Der Vorstand hat Kriterien für nicht-nachhaltige Kapitalanlagen für den Direkt- und Spezialfondsbestand unter Berücksichtigung ökologischer und sozialer Aspekte sowie einer verantwortungsvollen nachhaltigen Unternehmensführung definiert. Hierzu wurden Ausschlusskriterien für Investitionen in Aktien und Unternehmensanleihen im Direktbestand und in Spezialfonds festgelegt. Die Umsetzung der Ausschlusskriterien erfolgte zu Beginn des Geschäftsjahres 2019. Unsere Kapitalanlage-Verwaltungsgesellschaften sind beauftragt, über die Aktienstimmrechte Einfluss auf eine nachhaltige Unternehmensführung unserer Fondsinvestments zu nehmen. Mit diesen Maßnahmen werden wir der gestiegenen Bedeutung dieser nicht-finanziellen Kriterien und den gesellschaftlichen Erwartungen gerecht.

Bei der Steuerung der Allokation werden in der besonders relevanten Asset-Klasse der Staatsanleihen, zu denen auch Anleihen von Regionalregierungen oder Gebietskörperschaften gehören, Nachhaltigkeitskriterien berücksichtigt. Auf Basis eines Scoringmodells, das alle Staaten weltweit hinsichtlich einer großen Anzahl von Environmental-, Social- und Governance-Kriterien (ESG-Kriterien) bewertet, werden Mindestkriterien in dieser Asset-Klasse für das Einzelinvestment und für das Portfolio festgelegt.

Darüber hinaus hat der alleinige Aktionär der Provinzial Pensionskasse, die Landschaftliche Brandkasse Hannover, die „Principles for Responsible Investment“ (PRI) zusammen mit den anderen öffentlichen Versicherern unterzeichnet. Mit dem Beitritt zur Initiative verpflichten sich die Unternehmen einschließlich der Tochterunternehmen in der Kapitalanlage Umwelt-, Sozial- und Unternehmensführungsaspekte zu beachten, dadurch nachhaltig in der Kapitalanlage zu agieren und hierüber jährlich umfanglich zu berichten.

## Planungsabgleich

Die Provinzial Pensionskasse verzeichnete eine Geschäftsentwicklung unterhalb der Planannahmen, soweit es die Beiträge betrifft (Gesamtbeitrag 22,5 Millionen Euro nach 22,9 Millionen Euro Planwert). Die Anzahl der neu versicherten Personen lag mit 1.212 ebenfalls unterhalb der geplanten 1.282 Personen.

Die in 2024 erzielte Nettoverzinsung der Kapitalanlagen in Höhe von 2,2 Prozent lag leicht unter dem Wert des letztjährigen Prognoseberichts, während die laufende Verzinsung in Höhe von 2,3 Prozent den prognostizierten Wert erreichte. Die Nettoverzinsung liegt damit leicht unterhalb des Niveaus des Vorjahres, die laufende Verzinsung leicht darüber.

Die Zinsverstärkung bzw. Zinszusatzreserve erreicht mit 54,7 Millionen Euro genau den Planwert. Für die Berechnung der Zinsverstärkung im Altbestand zum 31.12.2024 wurde mit Genehmigung der BaFin, abweichend von dem Referenzzinssatz für den Neubestand gemäß DeckRV, ein modifizierter Referenzzinssatz in Höhe von 1,90 Prozent herangezogen. Gegenüber dem Referenzzins gemäß DeckRV in Höhe von 1,57 Prozent führt dieser Ansatz bei der Bestimmung der Zinsverstärkung zu einer Entlastung in Höhe von insgesamt ca. 14,1 Millionen Euro.

## Prognosebericht

### Wirtschaftliches Umfeld

#### Konjunktur und Kapitalmärkte

Die Weltwirtschaft wird im nächsten Jahr voraussichtlich mit knapp 3 Prozent wachsen. Sinkende Inflation in Industrieländern und steigende Realeinkommen fördern die Konsumnachfrage. Investitionen profitieren von einer allmählichen Lockerung der Geldpolitik. Handelszölle, die erst nach dem Amtsantritt des neuen US-Präsidenten in Kraft treten, könnten den bilateralen Handel mit China beeinflussen und zu einer Verlagerung auf andere Länder führen. Die Zollerhöhungen dürften einen Vorzieheffekt haben, sodass der Welthandel in der ersten Hälfte von 2025 anzieht, danach aber nachlässt.

Die ifo Konjunkturprognose geht für 2025 davon aus, dass der Erdgaspreis im Winterhalbjahr über dem Vorkrisenniveau bleiben wird und einen Wettbewerbsnachteil Europas gegenüber anderen Regionen darstellt. Durch den Rückgang der Inflation und der zeitversetzten Anpassung des Lohnniveaus wird mit einem weiteren Anstieg der Realeinkommen gerechnet, wodurch die Konsumausgaben der privaten Haushalte maßgeblich zur Konjunkturerholung beitragen werden. Das reale Bruttoinlandsprodukt in Deutschland wird in 2024 leicht sinken und in 2025 voraussichtlich in einem Korridor zwischen 0,5 Prozent bis 1,0 Prozent steigen. Der Anstieg der Verbraucherpreise wird auf dem durchschnittlichen Niveau von 2,3 Prozent in 2025 erwartet und nähert sich dem Zielwert der EZB an. Die aufgebaute Sparquote gibt den privaten Haushalten weiteren Spielraum für Konsum- und Vorsorgeausgaben.

Die im Sommer 2024 eingeleitete Zinswende der EZB und der deutliche Rückgang der Inflationsraten im Euroraum gibt Grund für die Annahme, dass die restriktive Geldpolitik der EZB weiterhin gelockert bleibt und die Geldpolitik ab Mitte 2025 neutral ausgerichtet sein wird. Die langfristigen Kapitalmarktzinsen werden von dieser Einschätzung voraussichtlich nicht beeinflusst, da der zukünftige Zinspfad bereits weitestgehend eingepreist ist. So wird erwartet, dass die Renditen der 10-jährigen Bundesanleihen bis zum Jahr 2026 bei 2,3 Prozent verharren. Durch das gleichzeitige Sinken der Kurzfristzinsen wird sich die inverse Zinsstrukturkurve, die rund zwei Jahre lang andauerte, auflösen. Auch die langfristigen Kreditzinsen für Unternehmen und Haushalte werden langsam sinken, sodass lediglich mit einer allmählichen Erholung der Kreditnachfrage gerechnet wird. An den Aktienmärkten setzt sich der Aufwärtstrend der Kurse zwar fort, jedoch birgt das aktuelle Umfeld, insbesondere im Euroraum, hinsichtlich der konjunkturellen Dynamik Risiken.

## Betriebliche Altersversorgung

Für das Geschäftsjahr 2025 besteht vorsichtiger Optimismus für eine Verbesserung der Geschäftsentwicklung in der betrieblichen Altersversorgung (bAV). Durch den politischen Fokus auf das Thema Altersvorsorge im Jahr 2024 ist dieses auch in der breiten Öffentlichkeit wieder sehr präsent. In Deutschland besteht ein hoher Bedarf zur Absicherung des biometrischen Risikos der Langlebigkeit zusätzlich zur gesetzlichen Rentenversicherung. Dabei ist die bAV als zentraler Baustein gegen drohende Vorsorgelücken und die Gefahr der Altersarmut positioniert. Auch wenn das Betriebsrentenstärkungsgesetz II (BRSG II) mit der geplanten Verbesserung der geringverdienerförderung nach § 100 EStG durch den Bruch der Ampelkoalition im Jahr 2024 nicht mehr verabschiedet werden konnte, bietet der bAV-Markt vertriebslich große Wachstumschancen. In Zeiten des Fachkräftemangels werden die Themen Mitarbeiterbindung und Mitarbeitergewinnung gerade für den Mittelstand immer wichtiger. Zudem erhöht sich die Attraktivität der bAV für Arbeitgeber infolge der steigenden Sozialversicherungsbeiträge: Die Beiträge erfolgen sozialversicherungsfrei, sodass der Arbeitgeber Lohnnebenkosten einsparen kann. Auf Seiten der Arbeitnehmer bleibt die bAV aufgrund der nachgelagerten Versteuerung und Verbeitragung unverändert attraktiv. Eine weitere Chance besteht in der gestiegenen Sparquote der privaten Haushalte. Auch wenn sich eine Präferenz für liquide Anlageformen erkennen lässt, wird ein leichtes Wachstum erwartet.

## Planungen 2025

Bei der Provinzial Pensionskasse belastet die Demografie des Vertragsbestandes die künftige Beitragsentwicklung. Hohe reguläre Vertragsabläufe aus abschlussstarken älteren Jahrgängen müssen durch ausreichend hohes Neugeschäft kompensiert werden. Dafür wurde das Produktangebot mit Kapitalmarktorientierung bereits zum 1.1.2021 fast vollständig überarbeitet. In den Folgejahren konnte eine deutliche Belebung des Neugeschäfts beobachtet werden, auch wenn diese zuletzt wieder abgeebbt ist.

Die Vertriebsarbeit wird den Vorsorgegedanken auch in 2025 in den Vordergrund stellen, insbesondere im Bereich der § 100 EStG Förderung. Das erhöhte Zinsniveau relativiert die Zinsunterschiede zwischen den bAV-Produkten und den von den Banken angebotenen Termingeldern/längerfristigen Zinspapieren. Darüber hinaus sollten die im Berufsleben stehenden Bürger und Bürgerinnen vermehrt Lebensversicherungsprodukte nachfragen, da die gesetzliche Rente in Zukunft allein nicht ausreichen wird, den Wohlstand zu erhalten. Zusätzlich werden Wachstumschancen bei Anlageprodukten mit flexiblen Einzahlungsmodellen gesehen.

Im Jahr 2025 plant die Provinzial Pensionskasse mit dem geänderten Höchstrechnungszins die Einführung einer neuen Produktgeneration. Darüber hinaus wird die Landschaftliche Brandkasse die Vergütung eines Hauptvertriebssystems anpassen.

Für das Jahr 2025 erwarten wir mit Beitragseinnahmen in Höhe von insgesamt 22,7 Millionen Euro ein leichtes Beitragswachstum. Bei der Anzahl der neu versicherten Personen erwarten wir mit 1.185 einen Wert unterhalb der im Jahr 2024 erreichten Größe.



Innerhalb unserer sehr langfristig ausgerichteten Kapitalanlagen wird sich das erhöhte Zinsniveau in Form von attraktiven Renditen für die Neu- und Wiederanlage von festverzinslichen Wertpapieren mittelfristig bemerkbar machen. Wir gehen für 2025 von einer laufenden Verzinsung sowie einer Nettoverzinsung in Höhe von 2,5 Prozent aus. Damit würde sowohl die Nettoverzinsung als auch die laufende Verzinsung oberhalb des Niveaus der in 2024 erzielten Verzinsungen liegen.

Die Zinsverstärkung bzw. Zinszusatzreserve erhöht sich nach aktuellen Zinsannahmen im Geschäftsjahr 2025 weiter um ca. 0,5 Millionen Euro. Bei einem angenommenen Referenzzinssatz per 31.12.2025 gemäß Korridormethode in Höhe von 1,57 Prozent bzw. einem angenommenen modifizierten Referenzzinssatz in Höhe von 1,87 Prozent liegt diese dann bei ca. 55,2 Millionen Euro.

## Chancen- und Risikobericht

Ein ausgewogenes Verhältnis zwischen Chancen und Risiken ist Ziel der Geschäftsstrategie. Folgende Erfolgsfaktoren werden in der mittelfristigen Entwicklung des Unternehmens gesehen. Demgegenüber stehen die allgemeinen Risiken aus dem Versicherungsgeschäft, aus der Kapitalanlage und aus der strategischen Aufstellung der Provinzial Pensionskasse im regionalen Marktumfeld.

## Chancenbericht

### Dezentrale Unternehmensstrukturen

Während sich einzelne Versicherer aus ländlichen Regionen zurückziehen, bleibt die VGH ihren historischen Wurzeln und ihrem dezentralen Geschäftsmodell treu. Die Verankerung in der Region erfolgt seit Generationen durch eine starke Ausschließlichkeitsorganisation mit rund 400 Agenturen und den Sparkassen mit ihrem dichten Filialnetz. Ausgehend von 11 Standorten koordinieren unsere Regionaldirektoren die vertrieblichen und betrieblichen Belange in der Fläche. Mit der damit verbundenen Kundennähe kann die VGH langfristig ihre Marktstärke ausbauen und Wettbewerbsvorteile auch im Bereich der betrieblichen Altersvorsorge sowohl in den städtischen als auch ländlichen Regionen ihres Geschäftsgebiets generieren.

### Produktpolitik

Im Verbund der VGH Versicherungen mit regionaler Marktführerschaft in den Kerngeschäftsbereichen soll die Produktpalette konsequent auf die Bedürfnisse der Kunden ausgerichtet werden. In diesem Rahmen ordnet sich auch das Produktangebot der Provinzial Pensionskasse ein.

### Risiko-/Ertragsorientierte Kapitalanlage

Das Kapitalanlagemanagement zeichnet sich durch eine ausgewogene Gewichtung von Sicherheit, Rendite, Liquidität und Fungibilität aus. Die Kapitalanlagen der Provinzial Pensionskasse werden im Wesentlichen in zwei Segmenten gesteuert: Das Basisportfolio besteht aus sicheren Zinstiteln, die sich an den passivseitigen Verpflichtungen orientieren. Innerhalb des Ertragsportfolios erfolgt eine aktive Risikoübernahme zur Erwirtschaftung einer Rendite oberhalb des Basisportfolios. In diesem Segment erfolgt eine professionelle, zeitnahe Risikosteuerung.

Die Kapitalanlagestrategie definiert den Umfang und die Struktur der genannten Segmente. Mit dieser überwiegend prognoseunabhängigen Aufstellung kann die Provinzial Pensionskasse eine ihren Verpflichtungen angemessene Anlage und Rendite sicherstellen und das bereitgestellte Risikokapital effizient einsetzen.

## Unternehmenskultur/Mitarbeiter

Vor dem Hintergrund der engen personellen Bindung der Provinzial Pensionskasse in die Strukturen des VGH Verbundes partizipiert das Unternehmen an der Unternehmenskultur der VGH, die von einer hohen Motivation und Identifikation der Mitarbeiter im Innen- und Außendienst geprägt ist, Respekt und Wertschätzung im Umgang miteinander fördert und das unternehmerische und eigenverantwortliche Denken und Handeln stärkt. Hierfür investiert die VGH in Qualifikation und Gesundheitserhaltung der Mitarbeiter.

## Nachhaltige Unternehmensausrichtung

Für die VGH ist Nachhaltigkeit ein zentraler Bestandteil des unternehmerischen Erfolgs. Zur Förderung nachhaltiger Maßnahmen im Unternehmen werden z. B. die hauseigene Photovoltaikanlage erweitert und der Papierverbrauch durch verstärkten Einsatz digitaler Lösungen in Verwaltung und Kundenkontakt reduziert. Darüber hinaus versuchen wir die betriebliche Mobilität umweltfreundlicher zu gestalten und die Nutzung des öffentlichen Nahverkehrs zu unterstützen, indem allen Mitarbeitenden ein kostenloses Deutschlandticket zur Verfügung gestellt wird.

Da zukunftsorientiertes Denken und Handeln für uns unerlässlich sind, wird die nachhaltige Ausrichtung der VGH konsequent weiterentwickelt und systematisiert. So ist das ursprünglich verabschiedete Nachhaltigkeitszielbild mittlerweile in einer umfassenden Nachhaltigkeitsstrategie aufgegangen. Klare Ziele, Maßnahmen und Kennzahlen wurden erarbeitet, um die Nachhaltigkeit im VGH Verbund bis 2026 auch im Hinblick auf regulatorische Anforderungen strukturell zu verankern und gezielt auszubauen. Über die entsprechenden Fortschritte wird jährlich berichtet.

## Risikobericht

### Marktrisiko

Zur Begrenzung des Marktrisikos aus Kapitalanlagen wird laufend ein vom Vorstand verabschiedetes Risikokapital in jeder Risikoklasse bereitgestellt. Im Rahmen einer risikoadjustierten Portfoliosteuerung wird auf Basis einer Auslastungsanalyse über Risikonahme bzw. Risikoreduktion entschieden. Das verfügbare Risikokapitalvolumen wird mindestens einmal jährlich im Rahmen des Planungsprozesses vom Vorstand im Hinblick auf die absolute Höhe und prozentuale Risikobedeckung beschlossen. Die Steuerung ist grundsätzlich an ökonomischen Belangen ausgerichtet, bilanzielle und aufsichtsrechtliche Rahmenbedingungen fließen als Restriktionen ein.

Die Risikomessung und -steuerung erfolgt in den Risikoklassen Aktien, Zinsen, Credit-Spreads, Immobilien und Währungen auf Basis einer Value-at-Risk-orientierten Vorgehensweise. Eine hinreichende Streuung und Mischung der Einzeltitel (Granularität) soll durch das Limitsystem sichergestellt werden. Diversifikationseffekte werden bei der Risikobewertung berücksichtigt.

Darüber hinaus erfolgt in regelmäßigen Abständen eine szenariobasierte Analyse der Marktpreisrisiken. Dadurch können die Auswirkungen von Marktveränderungen auf die Kapitalanlage der Provinzial Pensionskasse bemessen und bei Bedarf gezielt Maßnahmen zur Steuerung ergriffen werden.

Im Folgenden werden die Ergebnisse der Sensitivitätsanalysen gemäß dem Deutschen Rechnungslegungs-Standard (DRS 20) für die Provinzial Pensionskasse dargestellt. In diesem Stresstest werden die Auswirkungen extremer kurzfristiger Kapitalmarktschwankungen auf den nächsten Bilanzstichtag projiziert. Eventuelle Absicherungsstrategien von Aktienkursrisiken, Zinsrisiken, Kreditrisiken und Fremdwährungsrisiken werden nicht berücksichtigt. Die Provinzial Pensionskasse hat per 31.12.2025 keinen Immobilienbestand und daher entfällt in der nachfolgenden Betrachtung der Immobilienstress.

Die aktienkurs sensitiven Anlagen umfassen den indirekt in Fonds gehaltenen Aktienteil. Ein Rückgang der Aktienkurse um 20 Prozent würde bei den Kapitalanlagen der Provinzial Pensionskasse Hannover AG per 31.12.2025 zu einem Rückgang der Marktwerte um 12,4 Millionen Euro führen.

Bei der Betrachtung der zinssensitiven Anlagen wurden die direkt sowie die indirekt über Fonds gehaltenen Rentenanlagen berücksichtigt. Ein Zinsanstieg um 100 Basispunkte würde den Marktwert der zinssensitiven Kapitalanlagen der Provinzial Pensionskasse per 31.12.2025 um 57,5 Millionen Euro verringern.

In den genannten Tests wird überprüft, ob der eingetretene Marktwertverlust, der für das nach dem HGB ermittelte Ergebnis relevant ist, durch das vorhandene Eigenkapital, die freie RfB und die nach dem Stress noch verfügbaren positiven Bewertungsreserven abgedeckt werden kann. Unter Nutzung der Bilanzierung der für das Anlagevermögen geltenden Vorschriften weisen die Tests ein positives Ergebnis aus und wurden bestanden.

Im Rahmen der Überwachung des Währungsrisikos wird die Verteilung der gesamten Kapitalanlagen auf die einzelnen Währungen laufend kontrolliert. Der Anteil der Anlagen in anderen Währungen als dem Euro ist beschränkt.

Darüber hinaus wird ein kombiniertes Szenario aus einem Rückgang der Aktienkurse um 20 Prozent und einem Zinsanstieg um 100 Basispunkte betrachtet. Der Stresstest kommt auch hier zu der Aussage, dass der eingetretene Marktwertverlust, der für das nach dem Handelsgesetzbuch (HGB) ermittelte Ergebnis relevant ist, durch das vorhandene Eigenkapital, die freie RfB und die nach dem Stress noch verfügbaren positiven Bewertungsreserven abgedeckt werden kann.

Der Kapitalmarkt ist aktuell nach einer Phase deutlicher Zinserhöhungen durch die schrittweisen Senkungen der Leitzinsen in den USA und Europa geprägt. Das aktuelle Zinsniveau ist einerseits attraktiv für Neuanlagen, belastet aber weiterhin bestehende Investments in Zinspapiere. Die Risikotragfähigkeit der Provinzial Pensionskasse bleibt durch die Reserverückgänge im Bereich der Zinsinvestments weiterhin reduziert.

Die Kapitalanlageallokation ermöglicht die Bilanzierung von stillen Lasten gemäß § 341 b HGB und vermeidet außerplanmäßige Abschreibungen. Die Wiederanlage von Zinsanlagen kann die passivseitigen Anforderungen erfüllen.

### Versicherungstechnisches Risiko

Das versicherungstechnische Risiko bezeichnet das Risiko, dass bedingt durch Zufall, Irrtum oder Änderung der tatsächliche Aufwand für Schäden und Leistungen vom erwarteten Aufwand abweicht. Zur Beschränkung dieses Risikos sind in den Rechnungsgrundlagen der Verträge für Zins, Sterblichkeit und Kosten Sicherheitszuschläge enthalten. Wie in den Vorjahren wurde die Zusatzrückstellung für biometrische Risiken weiter ausgebaut. Der Ausbau der Zinsverstärkung bzw. Zinszusatzreserve wurde fortgeführt. Durch einen Rückversicherungsvertrag wird das versicherungstechnische Risiko beschränkt und die Finanzierung der Zinsverstärkung bzw. Zinszusatzreserve unterstützt.

### Kredit-/Ausfallrisiko

Neben der Kapitalanlage besteht ein Kreditrisiko im Wesentlichen zur Rückversicherung. Die Rückversicherungsabgabe erfolgt ausschließlich an die Muttergesellschaft Landschaftliche Brandkasse Hannover. Die Wahrscheinlichkeit eines Ausfalls von Rückversicherungsforderungen ist damit sehr gering.

### Liquiditätsrisiko

Zur Sicherstellung einer ausreichenden Liquidität erfolgt eine rollierende Liquiditätsplanung, die unter Berücksichtigung der Zu- und Abflüsse auch eine Bereitstellung der Sichteinlagen aus fungiblen Anlagen vorsieht. Das Liquiditätsrisiko ist sehr gering, da ein schnelles Storno von Verträgen aufgrund der arbeitsrechtlichen Beschränkungen in der betrieblichen Altersversorgung grundsätzlich nicht möglich ist.

### Sonstige Risiken

Die sonstigen Risiken beinhalten neben dem operationellen Risiko das strategische und das Reputationsrisiko. Wesentliche Risiken werden laufend überwacht. Die Maßnahmen zur Risikominimierung werden mindestens jährlich beim Durchlauf der Risikoinventur überprüft. Die Inventur wird zudem durch Risikoassessments ergänzt, innerhalb derer ein Dialog zwischen dem Risikomanagement und den Fachbereichen zu neuen und bestehenden Risiken sowie den hinterlegten Maßnahmen stattfindet.

## Geopolitische Risiken

Deutschland gehört zu den weltweit größten und stärksten Volkswirtschaften mit einem sehr hohen Export-Anteil. Bei größeren Krisensituationen sind über die engen wirtschaftlichen und politischen Verflechtungen zu fast allen Ländern und Kontinenten der Erde negative Auswirkungen auf die eigene Wirtschaftsentwicklung nicht auszuschließen.

Die Gefahren einer Ausweitung der geopolitischen Konflikte, z. B. im Nahen Osten, mit deutlichen negativen makroökonomischen Folgen stehen derzeit im Fokus. Weiter können negative politische und ökonomische Konsequenzen für Europa in Folge der US-Präsidentschaftswahl nicht ausgeschlossen werden. Auch die Situation um China, sowohl im Zusammenhang mit Russland, als auch mit den USA, u. a. im Hinblick auf Taiwan, birgt Risiken. Die Unsicherheit über die weitere wirtschaftliche Entwicklung ist entsprechend hoch, genauso wie das Risiko von abrupten Preiskorrekturen an den Finanzmärkten oder die Folgewirkungen von Strafzöllen insbesondere mit Blick auf die Automobilindustrie.

Die Provinzial Pensionskasse ist von der allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklung und insbesondere von der Kapitalmarktentwicklung abhängig. Geopolitische Risiken können die Geschäftsentwicklung der Provinzial Pensionskasse beeinflussen. Verwerfungen auf den Kapitalmärkten wirken sich auf das Anlageergebnis der Provinzial Pensionskasse aus. Durch die relativ niedrige Aktienquote, das weltweit diversifiziert aufgestellte Anlageportfolio und das vorhandene Risikokapital werden Schwankungen auf den Aktienmärkten auf der Ergebnisseite begrenzt.

Die Provinzial Pensionskasse ist durch die derzeitigen geopolitischen Krisen wirtschaftlich nur in einem geringen Umfang belastet, da auf den internationalen Kapitalmärkten die Auswirkungen von Kriegen in exponierten Regionen kurzfristig oft sehr stark, aber selten von langfristiger Natur wirken. Aufgrund der diversifizierten Anlagepolitik können die Auswirkungen auf das Kapitalanlageergebnis der Provinzial Pensionskasse wirksam aufgefangen werden.

Die materiellen Auswirkungen auf das Geschäftsergebnis der Provinzial Pensionskasse werden insgesamt als kontrolliert eingeschätzt.

## Inflationsrisiken

Die Inflationsraten in der Eurozone betragen in 2024 im Vergleich zum jeweiligen Vorjahresmonat zwischen 2,8 Prozent und 1,7 Prozent. Dieses Inflationsniveau erlaubte der EZB die Senkung des Leitzinses von 4,0 Prozent auf 3,0 Prozent.

Für die Provinzial Pensionskasse Hannover kann festgestellt werden, dass das Geschäftsmodell im Wesentlichen auf dem Verkauf eines Nominalzinsversprechens basiert, das grundsätzlich inflationsunabhängig ist. Das Unternehmen ist für die weitere Geschäftsentwicklung weitgehend inflationsrobust aufgestellt.

## Rechtsrisiken

Rechtsrisiken bestehen für die Lebensversicherungsbranche vorwiegend aus regulatorischen Vorhaben, die den unternehmerischen Entscheidungsspielraum in der Produktgestaltung einschränken könnten sowie aus der deutschen oder europäischen höchstrichterlichen Rechtsprechung zur weiteren Gestaltung des Verbraucherschutzes, die vor allem in bestehende Verträge eingreift. Wegen der branchenweiten Bedeutung nimmt die Arbeit der Verbände hier eine besondere Stellung ein.

## IT-Risiken

Die IT-Sicherheitslage in Deutschland bleibt herausfordernd, da Cyberrisiken weiterhin auf einem hohen Niveau bestehen, wie aus dem aktuellen Jahresbericht des Bundesamtes für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) hervorgeht. Auch im Umfeld der VGH werden Cyberangriffe auf Dienstleister oder Kunden wahrnehmbarer. Interne Prozesse zur Koordination und Durchführung von angemessenen Maßnahmen sind etabliert. Die Provinzial Pensionskasse arbeitet gemeinsam mit ihrem IT-Dienstleister ivv an weiteren Maßnahmen zur Verbesserung zur Angriffserkennung und zur Reaktion auf diese. Durch diese Vorkehrungen ist die Risikolage weiterhin als gleichbleibend einzuschätzen.

## Nachhaltigkeitsrisiken

Negative Auswirkungen aus Nachhaltigkeitsrisiken umfassen im Wesentlichen Wertverluste aus der Neubewertung von Geschäftsaussichten von Branchen und Betrieben unter Nachhaltigkeitsaspekten. Diese Aspekte spielen bei der Provinzial Pensionskasse vor allem im Bereich der Kapitalanlage eine Rolle. Auch mögliche Reputationsrisiken des Unternehmens sind im Themenbereich Nachhaltigkeit besonders zu beachten.

Kurzfristige Auswirkungen aus Nachhaltigkeitsrisiken sind bereits in bestehenden Risikokategorien angemessen berücksichtigt. Regelmäßige Analysen mit möglichen erforderlichen Anpassungen in der Zukunft erfolgen im Rahmen der jährlichen Überprüfung des Risikoprofils.

Vor dem Hintergrund der engen Einbindung der Provinzial Pensionskasse in die Strukturen des VGH Verbundes partizipiert das Unternehmen an der Einbeziehung von Nachhaltigkeitsrisiken der VGH.

## Zusammenfassende Darstellung der Risikolage

Es kann festgehalten werden, dass das Unternehmen für seine weitere Geschäftsentwicklung weitgehend inflationsrobust aufgestellt ist. Gegenwärtig sind keine Risiken erkennbar, die die Vermögens-, Finanz- oder Ertragslage nachhaltig oder wesentlich beeinträchtigen. Die Risikosituation ist kontrolliert.

## Risikomanagementsystem

### Risikoorganisation und Risikomanagement

Die Provinzial Pensionskasse nutzt im Rahmen des bestehenden Dienstleistungsvertrages das Risikomanagementsystem der VGH Versicherungen, Hannover. Die Risikomanagementfunktion, die Versicherungsmathematische Funktion und die Interne Revisionsfunktion sind an die Provinzial Lebensversicherung Hannover ausgegliedert. Durch das Risikomanagement werden Risiken identifiziert, erfasst und bewertet. Die systematische Erfassung der Risiken ermöglicht das frühzeitige Aufzeigen und Nachhalten von Handlungsmaßnahmen.

Die Risikomanagementfunktion überwacht laufend die Risiken, begleitet die operativen Bereiche bei der Steuerung ihrer Risiken, ist verantwortlich für die Risikoberichterstattung und unterstützt den Vorstand bei den Aufgaben zum Risikomanagement. Von der Internen Revision wird das Risikomanagementsystem in regelmäßigen Abständen einer Prüfung unterzogen. Der Aufsichtsrat wird regelmäßig über die Risikolage des Unternehmens informiert.

Das Risikotragfähigkeitskonzept bildet den Grundstein der quantitativen Risikosteuerung in der Kapitalanlage. Jährlich stellt der Vorstand das Risikobudget für das Unternehmen und die einzelnen Risikokategorien zur Verfügung. Die unterjährige Überwachung und Steuerung des Budgets wird unterstützt durch die vorhandenen Limitsysteme.

## Weitere Informationen

### Schlussklärung

Unsere Gesellschaft erhielt bei jedem im Bericht über Beziehungen zu verbundenen Unternehmen aufgeführten Rechtsgeschäft eine angemessene Gegenleistung. Maßnahmen auf Veranlassung oder im Interesse dieser Unternehmen wurden im vergangenen Geschäftsjahr nicht getroffen oder unterlassen. Dieser Beurteilung liegen Umstände zugrunde, die uns zum Zeitpunkt der berichtspflichtigen Vorgänge bekannt waren.

### Governance

Der Vorstand bekennt sich zu den Grundsätzen guter und verantwortungsvoller Unternehmensführung. Leitlinie seines Handelns sind die gesetzlichen und satzungsmäßigen Rahmenbedingungen als öffentlich-rechtliches Versicherungsunternehmen sowie die allgemein anerkannten Grundsätze einer guten Corporate Governance.

### GDV-Verhaltenskodex

Die Provinzial Pensionskasse ist mit der Landschaftlichen Brandkasse dem GDV-Verhaltenskodex mit Wirkung zum 1.4.2014 beigetreten. Dieser Verhaltenskodex stellt eine Selbstverpflichtung aller beigetretenen Versicherungsunternehmen dar, den gestiegenen Kundenbedürfnissen und sich abzeichnenden gesetzlichen Anforderungen an die Transparenz und Verbindlichkeit im Rahmen der Vermittlung von Versicherungsprodukten Rechnung zu tragen. Inhaltlich steht ein hoher Anspruch an die Qualifikation der Beratung, deren Dokumentation sowie klare und verständliche Versicherungsprodukte im Vordergrund der in 11 Punkten niedergelegten Selbstverpflichtung. Mit dem Beitritt haben sich die unter dem Dach der VGH agierenden Unternehmen dazu verpflichtet, diese Verhaltensregeln umzusetzen und einzuhalten.

Die Interne Revision hat Anfang 2024 die Angemessenheit der Umsetzung ohne Einschränkungen für den Zeitraum vom 1.1.2021 bis 10.4.2024 festgestellt. Die nächste Prüfung erfolgt 2027.

### Sonstiges

Die Provinzial Pensionskasse ist freiwilliges Mitglied im gesetzlichen Sicherungsfonds der Lebensversicherungsunternehmen.

### Dank des Vorstands

Der Vorstand dankt ausdrücklich allen Kundinnen und Kunden für das entgegengebrachte Vertrauen. Unser besonderer Dank gilt den hauptberuflichen Vertretungen und Sparkassen sowie allen Dienstleistern und Mitarbeitenden der Dienstleister für ihren großartigen Einsatz und die besonderen Leistungen, mit denen sie wesentlich zum Erfolg unserer Unternehmen im Geschäftsjahr 2024 beigetragen haben.

Hannover, den 14. Februar 2025

Der Vorstand

## Gewinnverwendungsvorschlag

Der Bilanzgewinn wird mit 5.342.108,09 Euro ausgewiesen.

Der Vorstand wird nach Zustimmung des Aufsichtsrats der Hauptversammlung vorschlagen, den Bilanzgewinn auf neue Rechnung vorzutragen.

Hannover, den 14. Februar 2025

Der Vorstand



Stand: 26.03.2025

**Regelmäßige Informationen zu den in Artikel 8 der Verordnung (EU) 2019/2088 und Artikel 6 der Verordnung (EU) 2020/852 genannten Finanzprodukten**

**Name des Produkts:**  
**VGH FirmenRente Sicherheit**

**Unternehmenskennung (LEI-Code):**  
**529900LPVNOSG82KXG89**

**Ökologische und/oder soziale Merkmale**

Eine **nachhaltige Investition** ist eine Investition in eine Wirtschaftstätigkeit, die zur Erreichung eines Umweltziels oder sozialen Ziels beiträgt, vorausgesetzt, dass diese Investition keine Umweltziele oder sozialen Ziele erheblich beeinträchtigt und die Unternehmen, in die investiert wird, Verfahrensweisen einer guten Unternehmensführung anwenden.

Die **EU-Taxonomie** ist ein Klassifikationssystem, das in der Verordnung (EU) 2020/852 festgelegt ist und ein Verzeichnis von **ökologisch nachhaltigen Wirtschaftstätigkeiten** enthält. In dieser Verordnung ist kein Verzeichnis der sozial nachhaltigen Wirtschaftstätigkeiten festgelegt. Nachhaltige Investitionen mit einem Umweltziel könnten taxonomiekonform sein oder nicht.

**Wurden mit diesem Finanzprodukt nachhaltige Investitionen angestrebt?**

●● <input type="checkbox"/> Ja	●● <input checked="" type="checkbox"/> Nein
<p><input type="checkbox"/> Es wurden damit <b>nachhaltige Investitionen mit einem Umweltziel</b> getätigt: ___%</p> <p style="margin-left: 20px;"><input type="checkbox"/> in Wirtschaftstätigkeiten, die nach der EU-Taxonomie als ökologisch nachhaltig einzustufen sind</p> <p style="margin-left: 20px;"><input type="checkbox"/> in Wirtschaftstätigkeiten, die nach der EU-Taxonomie nicht als ökologisch nachhaltig einzustufen sind</p> <p><input type="checkbox"/> Es wurden damit <b>nachhaltige Investitionen mit einem sozialen Ziel</b> getätigt: ___%</p>	<p><input type="checkbox"/> Es wurden damit <b>ökologische/soziale Merkmale beworben</b> und obwohl keine nachhaltigen Investitionen angestrebt wurden, enthielt es ___% an nachhaltigen Investitionen</p> <p style="margin-left: 20px;"><input type="checkbox"/> mit einem Umweltziel in Wirtschaftstätigkeiten, die nach der EU-Taxonomie als ökologisch nachhaltig einzustufen sind</p> <p style="margin-left: 20px;"><input type="checkbox"/> mit einem Umweltziel in Wirtschaftstätigkeiten, die nach der EU-Taxonomie nicht als ökologisch nachhaltig einzustufen sind</p> <p style="margin-left: 20px;"><input type="checkbox"/> mit einem sozialen Ziel</p> <p><input checked="" type="checkbox"/> Es wurden damit ökologische/soziale Merkmale beworben, aber <b>keine nachhaltigen Investitionen getätigt.</b></p>



**Inwieweit wurden die mit dem Finanzprodukt beworbenen ökologischen und/oder sozialen Merkmale erfüllt?**

In dem Berichtszeitraum stellten wir durch eine interne Richtlinie mit der Definition von Ausschlusskriterien sicher, dass wir nicht in Unternehmen investieren, die unseren Ansprüchen an Umweltschutz sowie die Einhaltung von Menschenrechten und einer guten Unternehmensführung nicht genügen und mit entsprechenden Nachhaltigkeitsrisiken einhergehen. Um die nachhaltige Entwicklung von Unternehmen darüber hinaus zu fördern und weiter einzufordern, nutzten wir unsere Aktien-Stimmrechte über unsere Kapitalverwaltungsgesellschaft. Zudem traten wir auch außerhalb von Hauptversammlungen in Gespräche mit Unternehmensvertretern zu kritischen Themen, wie beispielsweise Klimastrategien, Korruptionsbekämpfung oder Arbeitsnormen.

Mit **Nachhaltigkeitsindikatoren** wird gemessen, inwieweit die mit dem Finanzprodukt beworbenen ökologischen oder sozialen Merkmale erreicht werden.

Für die Assetklasse der Staatsanleihen verwendeten wir im Berichtszeitraum ein umfassendes Scoringmodell, das Staaten weltweit hinsichtlich einer Vielzahl von Environmental-, Social- und Governance- Kriterien (kurz: ESG-Kriterien) bewertet und gewichtet. Das Scoringmodell berücksichtigte dabei die Themen natürliche Ressourcen, Biodiversität, Klimawandel und Energie, Produktion und Verbrauch, politisches System und Governance, Menschenrechte und Freiheit sowie soziale Bedingungen. Damit Staatsanleihen für uns investierbar waren, mussten diese ein Mindest-Nachhaltigkeitsrating erfüllen. Es wurde darüber hinaus sichergestellt, dass mindestens drei Viertel der Staatsanleihen aus unserem Portfolio und somit das Durchschnittsrating des Gesamtbestands an Staatsanleihen im oberen Bereich der Nachhaltigkeitsratings lag. Im Rahmen unserer Investitionen in Immobilienfonds berücksichtigten wir ebenfalls mit einem ESG-spezifischen Scoringmodell ökologische und soziale Merkmale. Darin wurden sowohl qualitative als auch quantitative Kriterien aus den Bereichen Ökologie (z.B. CO<sub>2</sub>-Emissionen, Primärenergie, Ressourcenschonung) und Soziales (z.B. Gesundheit und Wohlbefinden, Nutzungsformen, Mietermanagement, sozialer Zusammenhalt, Wohnungsmix) von Immobilien betrachtet. Damit stellten wir sicher, dass die Mehrheit der in Immobilienfonds gehaltenen Immobilien ökologischen und sozialen Belangen Rechnung trugen.

Bei den **wichtigsten nachteiligen Auswirkungen** handelt es sich um die bedeutendsten nachteiligen Auswirkungen von Investitionsentscheidungen auf Nachhaltigkeitsfaktoren in den Bereichen Umwelt, Soziales und Beschäftigung, Achtung der Menschenrechte und Bekämpfung von Korruption und Bestechung.

#### ● **Wie haben die Nachhaltigkeitsindikatoren abgeschnitten?**

Als Nachhaltigkeitsindikatoren haben wir verschiedene ESG-Kriterien herangezogen. In Bezug auf die Geschäftsaktivitäten und Geschäftspraktiken der investierten Unternehmen haben wir Ausschlusskriterien aus den Bereichen Rüstung, Energie, Umwelt, Menschen- und Arbeitsrechte sowie Unternehmensführung herangezogen. Eine Vielzahl ähnlicher ESG-Kriterien haben wir auch für unsere Investitionen in Staatsanleihen und Immobilienfonds berücksichtigt. Eine ausführliche Auflistung unserer ausgewählten ESG-Kriterien finden Sie in den vorvertraglichen Informationen zu Ihrem Versicherungsanlageprodukt. Die von uns berücksichtigten ESG-Kriterien haben wir im Berichtszeitraum nahezu vollständig eingehalten. Lediglich im Fondsbestand kam es im Rahmen von Investitionen in ETFs und Publikumsfonds zu kleineren Verstößen. Hierbei handelt es sich um den indirekten Bestand, auf den wir keinen aktiven Managementeinfluss haben.

#### ● **... und im Vergleich zu vorangegangenen Zeiträumen?**

Es ergaben sich keine Veränderungen zum vorangegangenen Zeitraum.

*In der EU-Taxonomie ist der Grundsatz „Vermeidung erheblicher Beeinträchtigungen“ festgelegt, nach dem taxonomiekonforme Investitionen die Ziele der EU-Taxonomie nicht erheblich beeinträchtigen dürfen, und es sind spezifische Unionskriterien beigefügt.*

Der Grundsatz „Vermeidung erheblicher Beeinträchtigungen“ findet nur bei denjenigen dem Finanzprodukt zugrundeliegenden Investitionen Anwendung, die die Unionskriterien für ökologisch nachhaltige Wirtschaftsaktivitäten berücksichtigen. Die dem verbleibenden Teil dieses Finanzprodukts zugrundeliegenden Investitionen berücksichtigen nicht die Unionskriterien für ökologisch nachhaltige Wirtschaftsaktivitäten.

*Alle anderen nachhaltigen Investitionen dürfen ökologische oder soziale Ziele ebenfalls nicht erheblich beeinträchtigen.*



### Wie wurden bei diesem Finanzprodukt die wichtigsten nachteiligen Auswirkungen auf Nachhaltigkeitsfaktoren berücksichtigt?

Um wesentliche nachteilige Auswirkungen von Investitionsentscheidungen auf Nachhaltigkeitsfaktoren auf ein Minimum zu reduzieren oder möglichst zu vermeiden, haben wir im Berichtszeitraum Unternehmen ausgeschlossen, die in die Herstellung oder den Vertrieb von umstrittenen Waffen verstrickt sind. Darüber hinaus orientierten wir uns an der OECD Richtlinie für multinationale Unternehmen und insbesondere an dem weltweiten Rahmenwerk des UN Global Compacts. Unternehmen, die im Berichtszeitraum gegen den UN Global Compact oder die OECD Richtlinie für multinationale Unternehmen verstoßen haben, schlossen wir in Investitionsentscheidungen nahezu vollständig aus.

In Bezug auf unsere Investments in Immobilien berücksichtigten wir ebenfalls mögliche nachteilige Auswirkungen auf Nachhaltigkeitsfaktoren. So standen unsere Immobilien während des Berichtszeitraums nicht im Zusammenhang mit der Gewinnung, Lagerung, Herstellung oder dem Transport von fossilen Brennstoffen. Außerdem berücksichtigten wir unterjährig die Energieeffizienz unserer Immobilien und prüften diese auch speziell vor dem Erwerb neuer Immobilien.



### Welche sind die Hauptinvestitionen dieses Finanzprodukts?

Der größte Anteil der getätigten Investitionen für die VGH FirmenRente Sicherheit entfiel im Berichtszeitraum auf die folgenden fünfzehn Investitionen.

Die Liste umfasst die folgenden Investitionen, auf die **der größte Anteil der im Bezugszeitraum getätigten Investitionen** des Finanzprodukts entfiel: 01.01.2023 – 31.12.2023

Größte Investitionen	Sektor	In % der Vermögenswerte	Land
Land Niedersachsen Zero-Schuldscheindarlehen	Öffentliche Verwaltung	1,03	Deutschland
Landeskreditbank Baden-Württemberg Zero Namensschuldverschreibung	Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	0,87	Deutschland
Republik Frankreich Anleihe	Öffentliche Verwaltung	0,83	Frankreich
Investitionsbank Land Brandenburg Namenspfandbrief	Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	0,72	Deutschland
Landeskreditbank Baden-Württemberg Zero Namensschuldverschreibung	Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	0,71	Deutschland
Land Nordrhein-Westfalen Schuldscheindarlehen	Öffentliche Verwaltung	0,68	Deutschland
Sparkasse Hanau Namenspfandbrief	Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	0,64	Deutschland
Bayerische Landesbodenkreditanstalt Namensschuldverschreibung	Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	0,63	Deutschland
Land Brandenburg Schuldscheindarlehen	Öffentliche Verwaltung	0,63	Deutschland
Bau- u. Liegenschaftsbetrieb Namensschuldverschreibung	Grundstücks- und Wohnungswesen	0,61	Deutschland
Land Mecklenburg-Vorpommern Schuldscheindarlehen	Öffentliche Verwaltung	0,61	Deutschland
Land Schleswig-Holstein Schuldscheindarlehen	Öffentliche Verwaltung	0,59	Deutschland
Europäischer Stabilitätsmechanismus Anleihe	Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	0,58	Euro-Zone
Landeskreditbank Baden-Württemberg Zero Namensschuldverschreibung	Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	0,57	Deutschland
Land Saarland Schuldscheindarlehen	Öffentliche Verwaltung	0,57	Deutschland



## Wie hoch war der Anteil der nachhaltigkeitsbezogenen Investitionen?

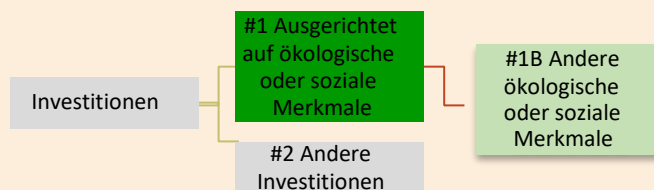
Im Berichtszeitraum belief sich der Anteil der nachhaltigkeitsbezogenen Investitionen auf 90 %. Dieser Wert ist auf unser Nachhaltigkeitskonzept für die Assetklassen der Aktien, Unternehmens- und Staatsanleihen sowie Immobilien im Fondsbestand zurückzuführen.

Die **Vermögensallokation** gibt den jeweiligen Anteil der Investitionen in bestimmte Vermögenswerte an.

### Wie sah die Vermögensallokation aus?

Um die langfristige Sicherheit und Rentabilität dieses Versicherungsanlageprodukts gewährleisten zu können, investierten wir in verschiedene Arten von Vermögenswerten. Diese waren insbesondere Anleihen von Staaten und Unternehmen, Aktien, Immobilien, Hypothekendarlehen, Beteiligungen und sonstige Anlagen, die ein niedriges Anlagerisiko aufweisen.

Von diesen Investitionen wiesen ca. 90 % ökologische oder soziale Merkmale auf (#1 Ausgerichtet auf ökologische oder soziale Merkmale). Damit stellten wir sicher, dass im Berichtszeitraum ein wesentlicher Anteil der gesamten Investitionen, die diesem Produkt zugrunde liegen, ökologischen und sozialen Belangen Rechnung trugen. Der verbleibende Anteil an Kapitalanlagen, bei dem ökologische oder soziale Merkmale nicht explizit berücksichtigt wurden (#2 Andere Investitionen), beläuft sich auf ca. 10 %. Damit ist der Anteil der #2 Andere Investitionen unterhalb unseres festgelegten Grenzwerts von 25 %.



**#1 Ausgerichtet auf ökologische oder soziale Merkmale** umfasst Investitionen des Finanzprodukts, die zur Erreichung der beworbenen ökologischen oder sozialen Merkmale getätigt wurden.

**#2 Andere Investitionen** umfasst die übrigen Investitionen des Finanzprodukts, die weder auf ökologische oder soziale Merkmale ausgerichtet sind noch als nachhaltige Investitionen eingestuft werden.

- Die Unterkategorie #1B Andere ökologische oder soziale Merkmale umfasst Investitionen, die auf ökologische oder soziale Merkmale ausgerichtet sind, aber nicht als nachhaltige Investitionen eingestuft werden

### In welchen Wirtschaftssektoren wurden die Investitionen getätigt?

Im Berichtszeitraum wurden Investitionen in folgende Wirtschaftssektoren getätigt:

Sektor	In % der Vermögenswerte
A (Land- und Forstwirtschaft, Fischerei)	0,01
B (Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden)	0,86
C (Verarbeitendes Gewerbe / Herstellung von Waren)	5,33
D (Energieversorgung)	0,90
E (Wasserversorgung; Abwasser- und Abfallentsorgung und Beseitigung von Umweltverschmutzungen)	0,08
F (Baugewerbe / Bau)	0,38
G (Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen)	

H (Verkehr und Lagerei)	0,67
I (Gastgewerbe / Beherbergung und Gastronomie)	0,25
J (Information und Kommunikation)	2,66
K (Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen)	33,76
L (Grundstücks- und Wohnungswesen)	3,73
M (Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen)	3,07
N (Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen)	0,28
O (Öffentliche Verwaltung, Verteidigung; Sozialversicherung)	45,97
P (Erziehung und Unterricht)	0,00
Q (Gesundheits- und Sozialwesen)	0,81
R (Kunst, Unterhaltung und Erholung)	0,14
S (Erbringung von sonstigen Dienstleistungen)	0,04
<b>Summe</b>	<b>100,00</b>



**Inwiefern waren die nachhaltigen Investitionen mit einem Umweltziel mit der EU-Taxonomie konform?**

Die Taxonomie-Verordnung sieht weitere Nachhaltigkeitsziele vor, nach denen Wirtschaftstätigkeiten eingeordnet werden können. Für den Berichtszeitraum fand keine explizite Identifikation statt, inwiefern die der Rentenversicherung zugrundeliegenden Investitionen darüber hinaus auch einen wesentlichen Beitrag zu einem oder mehreren Umweltzielen der Taxonomie-Verordnung geleistet haben. Es bestehen folglich keine Zusicherungen, dass die Beiträge Ihres Vertrags in ökologisch nachhaltige Wirtschaftstätigkeiten gemäß der Taxonomie-Verordnung investiert wurden.

Mit Blick auf die EU-Taxonomiekonformität umfassen die Kriterien für **fossiles Gas** die Begrenzung der Emissionen und die Umstellung auf voll erneuerbare Energie oder CO<sub>2</sub>-arme Kraftstoffe bis Ende 2035. Die Kriterien für **Kernenergie** beinhalten umfassende Sicherheits- und Abfallentsorgungsvorschriften.

**Ermöglichende Tätigkeiten** wirken unmittelbar ermöglichend darauf hin, dass andere Tätigkeiten einen wesentlichen Beitrag zu den Umweltzielen leisten.

**Übergangstätigkeiten** sind Tätigkeiten, für die es noch keine CO<sub>2</sub>-armen Alternativen gibt und die unter anderem Treibhausgasemissionswerte aufweisen, die den besten Leistungen entsprechen.

**Wurde mit dem Finanzprodukt in EU-taxonomiekonforme Tätigkeiten im Bereich fossiles Gas und/oder Kernenergie investiert?**

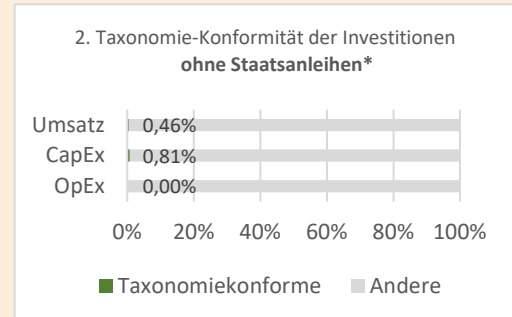
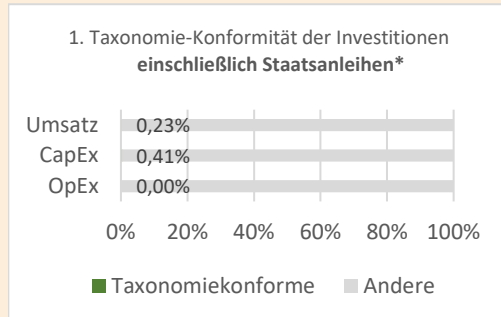
Ja:  In fossiles Gas  In Kernenergie

**Nein**  
 Da im Berichtszeitraum keine gezielte Identifikation stattfand, inwiefern unsere Investitionen die Kriterien der EU-Taxonomie erfüllt haben, bestand keine Absicht die Beiträge Ihres Vertrags in taxonomiekonforme Tätigkeiten in den Bereichen fossiles Gas und Kernenergie zu investieren. Ungeachtet dessen haben wir in unseren Investitionsentscheidungen von vornherein Unternehmen ausgeschlossen, die 10 % oder mehr ihres Umsatzes durch die Produktion, den Verkauf oder Handel mit Atomenergie oder Kernkomponenten von Atomkraftwerken generierten.

Taxonomiekonforme Tätigkeiten, ausgedrückt durch den Anteil der:

- **Umsatzerlöse**, die die gegenwärtige „Umweltfreundlichkeit“ der Unternehmen, in die investiert wird, widerspiegeln
- **Investitionsausgaben (CapEx)**, die die umweltfreundlichen, für den Übergang zu einer grünen Wirtschaft relevanten Investitionen der Unternehmen, in die investiert wird, aufzeigen
- **Betriebsausgaben (OpEx)**, die die umweltfreundlichen betrieblichen Aktivitäten der Unternehmen, in die investiert wird, widerspiegeln

**Die nachstehenden Grafiken zeigen den Mindestprozentsatz der EU- taxonomiekonformen Investitionen in Grün. Da es keine geeignete Methode zur Bestimmung der Taxonomie-Konformität von Staatsanleihen\* gibt, zeigt die erste Grafik die Taxonomie-Konformität in Bezug auf alle Investitionen des Finanzprodukts einschließlich der Staatsanleihen, während die zweite Grafik die Taxonomie-Konformität nur in Bezug auf die Investitionen des Finanzprodukts zeigt, die keine Staatsanleihen umfassen.**



\*Für die Zwecke dieser Diagramme umfasst der Begriff „Staatsanleihen“ alle Risikopositionen gegenüber Staaten.

### ● **Wie hoch ist der Anteil der Investitionen, die in Übergangstätigkeiten und ermöglichende Tätigkeiten geflossen sind?**

Für den Berichtszeitraum fand keine explizite Identifikation statt, inwiefern die der Rentenversicherung zugrundeliegenden Investitionen einen wesentlichen Beitrag zu einem oder mehreren Umweltzielen der Taxonomie-Verordnung geleistet haben. Ebenso haben wir derzeit keine Differenzierung zwischen Übergangstätigkeiten und ermöglichenden Tätigkeiten vorgenommen. Es bestehen folglich keine Zusicherungen, dass die Beiträge Ihres Vertrags in Übergangstätigkeiten oder ermöglichende Tätigkeiten gemäß der Taxonomie-Verordnung investiert wurden.



### **Welche Investitionen fielen unter „Andere Investitionen“, welcher Anlagezweck wurden mit ihnen verfolgt und gab es einen ökologischen oder sozialen Mindestschutz?**

Für Immobilien im Direktbestand, Beteiligungen und Hypothekendarlehen haben wir im Berichtszeitraum noch kein explizites Nachhaltigkeitskonzept angewendet. Dies liegt im Wesentlichen daran, dass die hierfür erforderlichen Daten aktuell nicht im ausreichenden Maße und in der gebotenen Qualität verfügbar sind und somit eine angemessene Einschätzung des ökologischen oder sozialen Profils eines Emittenten nicht möglich war. Nichtsdestotrotz wurde im Rahmen derartiger Investitionsentscheidungen ein gewisser ökologischer und sozialer Mindestschutz gewährleistet. So wurde beispielsweise beim Erwerb einer Immobilie deren Energieeffizienz berücksichtigt oder bei strategischen Beteiligungen die Einhaltung von Menschen- und Arbeitsrechten. Ungeachtet dessen können sich unter „#2 Andere Investitionen“ auch Anlagen befinden, die ökologische und/oder soziale Merkmale enthalten. Dies kann der Fall sein, wenn beispielsweise Hypothekendarlehen an Kunden mit einer besonders energieeffizienten Immobilie vergeben wurden.



### **Welche Maßnahmen wurden während des Bezugszeitraums zur Erfüllung der ökologischen und/oder sozialen Merkmale ergriffen?**

Im Berichtszeitraum wurden unsere Nachhaltigkeitskriterien für Investitionen in Aktien, Unternehmens- und Staatsanleihen sowie Immobilienfonds berücksichtigt. Zudem haben wir im Berichtszeitraum die Nachhaltigkeitskriterien für Investitionen in Unternehmen verschärft. Unternehmen, die gegen den UN Global Compact verstoßen, betrachten wir als nicht nachhaltig und haben diese folglich in Investitionsentscheidungen ausgeschlossen.

Darüber hinaus wurden im Berichtszeitraum erstmalig gezielt wesentliche nachteilige Auswirkungen von Investitionsentscheidungen auf Nachhaltigkeitsfaktoren berücksichtigt. Hierzu haben wir zum einen Unternehmen ausgeschlossen, die in die Herstellung oder den Vertrieb von umstrittenen Waffen verstrickt sind oder gegen die OECD Richtlinie für multinationale Unternehmen und insbesondere gegen den UN Global Compact verstoßen. Zum anderen haben wir bei unseren Investitionen in Immobilien geprüft, inwiefern diese im Zusammenhang mit der Gewinnung, Lagerung, Herstellung oder dem Transport von fossilen Brennstoffen stehen. Des Weiteren haben wir die Energieeffizienz unserer Immobilien geprüft, um wesentliche nachteilige Auswirkungen von Investitionsentscheidungen auf Nachhaltigkeitsfaktoren zu verringern.

Zusätzlich haben wir die nachhaltige Entwicklung von Emittenten weiter gefördert und eingefordert, indem wir unsere Aktien-Stimmrechte über unsere Kapitalverwaltungsgesellschaft genutzt haben sowie auch außerhalb von Hauptversammlungen in Gespräche mit Unternehmensvertretern zu ESG-Themen getreten sind. Eine kurze Zusammenfassung über unsere Mitwirkungspolitik können Sie online unter <https://www.vgh.de/de/unternehmen/newsroom/weitere-publikationen> nachlesen.

## Übrige Angaben

### Bewegung des Bestandes an Pensionsversicherungen (ohne sonstige Versicherungen) im Geschäftsjahr 2024

	Anwärter		
	Männer	Frauen	
	Anzahl	Anzahl	
<b>I. Bestand am Anfang des Geschäftsjahres</b>	<b>12.395</b>	<b>15.080</b>	
<b>II. Zugang während des Geschäftsjahres</b>			
1. Neuzugang an Anwärtern, Zugang an Rentnern	445	767	
2. Sonstiger Zugang	0	0	
3. Gesamter Zugang	445	767	
<b>III. Abgang während des Geschäftsjahres</b>			
1. Tod	34	20	
2. Beginn der Altersrente	123	142	
3. Berufs- und Erwerbsunfähigkeit (Invalidität)	0	4	
4. Reaktivierung, Wiederheirat, Ablauf	0	0	
5. Ausscheiden unter Zahlung von Rückkaufswerten, Rückgewährbeträgen und Austrittsvergütungen	482	577	
6. Ausscheiden ohne Zahlung von Rückkaufswerten, Rückgewährbeträgen und Austrittsvergütungen	0	0	
7. Sonstiger Abgang	2	5	
8. Gesamter Abgang	641	748	
<b>IV. Bestand am Ende des Geschäftsjahres</b>	<b>12.199</b>	<b>15.099</b>	
Davon			
1. Beitragsfreie Anwartschaften	4.514	5.618	
2. in Rückdeckung gegeben	8.064	9.569	





# Jahresbilanz zum 31. Dezember 2024

Aktivseite	2024		2023
	€	€	€
<b>A. Kapitalanlagen</b>			
I. Sonstige Kapitalanlagen			
1. Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	214.662.589		214.666.633
2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	62.626.729		55.552.577
3. Sonstige Ausleihungen	334.413.366		324.978.057
4. Einlagen bei Kreditinstituten	5.000.000	616.702.684	0
<b>B. Kapitalanlagen für Rechnung und Risiko von Inhabern von Lebensversicherungspolice</b>		264.909	98.901
<b>C. Forderungen</b>			
I. Sonstige Forderungen			20
Davon: an verbundene Unternehmen: 0 € (0 €)			175
<b>D. Sonstige Vermögensgegenstände</b>			
I. Laufende Guthaben bei Kreditinstituten, Schecks und Kassenbestand	2.683.126		10.512.829
II. Andere Vermögensgegenstände	289.287	2.972.413	297.992
<b>E. Rechnungsabgrenzungsposten</b>			
I. Abgegrenzte Zinsen und Mieten	3.851.348		3.536.373
II. Sonstige Rechnungsabgrenzungsposten	872.196	4.723.544	344.231
<b>Summe der Aktivseite</b>		<b>624.663.570</b>	<b>609.987.768</b>

Bestätigung gemäß VAG:

Gemäß § 128 VAG bestätige ich, dass das Sicherungsvermögen vorschriftsmäßig angelegt und aufbewahrt ist.

Hannover, den 14. Februar 2025

Dr. Christian Haferkorn  
Treuhand

Passivseite	2024		2023
	€	€	€
<b>A. Eigenkapital</b>			
I. Eingefordertes/gezeichnetes Kapital		3.000.000	3.000.000
II. Kapitalrücklage		23.906.911	23.906.911
III. Gewinnrücklagen			
1. andere Gewinnrücklagen		3.093.089	3.093.089
IV. Bilanzgewinn		5.342.108	4.847.108
<b>B. Versicherungstechnische Rückstellungen</b>			
I. Deckungsrückstellung			
1. Bruttobetrag	581.348.367		566.788.219
2. davon ab: Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft	518.144.657	63.203.710	511.926.257
II. Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle			
1. Bruttobetrag	802.941		525.606
2. davon ab: Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft	744.985	57.956	475.254
III. Rückstellung für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung		4.356.994	4.988.598
<b>C. Versicherungstechnische Rückstellungen im Bereich der Lebensversicherung, soweit das Anlagerisiko von den Versicherungsnehmern getragen wird</b>			
I. Deckungsrückstellung			
1. Bruttobetrag		264.910	98.901
<b>D. Andere Rückstellungen</b>			
I. Steuerrückstellungen		28.408	154
II. Sonstige Rückstellungen		28.600	9.000
<b>E. Depotverbindlichkeiten aus dem in Rückdeckung gegebenen Versicherungsgeschäft</b>		518.144.657	511.926.257
<b>F. Andere Verbindlichkeiten</b>			
I. Verbindlichkeiten aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft gegenüber			
1. Versicherungsnehmern		822.337	849.392
II. Abrechnungsverbindlichkeiten aus dem Rückversicherungsgeschäft		660.967	294.241
davon gegenüber verbundenen Unternehmen 660.967 € (294.241 €)			
III. Sonstige Verbindlichkeiten		964.085	1.213.143
davon: gegenüber verbundenen Unternehmen 963.878 € (1.189.314 €)			
<b>G. Rechnungsabgrenzungsposten</b>		788.838	848.660
<b>Summe der Passiva</b>		<b>624.663.570</b>	<b>609.987.768</b>

Bestätigung gemäß AktuarV:  
Es wird bestätigt, dass die in der Bilanz unter dem Posten B. I. und C. I. der Passiva eingestellte Deckungsrückstellung unter Beachtung des § 341 f HGB sowie unter Beachtung der auf Grund des § 235 Absatz 1 Satz 1 Nummer 4 bis 7 VAG erlassenen Rechtsverordnung berechnet worden ist; für den Altbestand im Sinne des § 336 in Verbindung mit § 234 Absatz 6 Satz 1, auch in Verbindung mit § 233 Absatz 5 Satz 2, VAG ist die Deckungsrückstellung nach dem zuletzt am 27.1.2025 genehmigten Geschäftsplan für die

Zinsverstärkung im Altbestand sowie dem zuletzt am 14.1.2019 genehmigten Ergänzungsgeschäftsplan für die Anpassung des Altbestands an Rentenversicherungen berechnet worden.

Hannover, den 14. Februar 2025

Bernhard Clemens Patzelt  
Verantwortlicher Aktuar

# Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2024

	2024			2023
	€	€	€	€
<b>I. Versicherungstechnische Rechnung</b>				
1. Verdiente Beiträge für eigene Rechnung				
a) Gebuchte Bruttobeiträge		22.526.380		22.837.882
b) Abgegebene Rückversicherungsbeiträge		- 12.563.345	9.963.035	- 13.482.628
2. Beiträge aus der Brutto-Rückstellung für Beitragsrückerstattung			811.604	308.673
3. Erträge aus Kapitalanlagen				
a) Erträge aus anderen Kapitalanlagen				
aa) Erträge aus anderen Kapitalanlagen		14.584.862		13.603.334
b) Erträge aus Zuschreibungen		902		0
c) Gewinne aus dem Abgang von Kapitalanlagen		148.732	14.734.496	825.110
4. Nicht realisierte Gewinne aus Kapitalanlagen			3.507	4.080
5. Sonstige versicherungstechnische Erträge feR			20.254	21.038
6. Aufwendungen für Versicherungsfälle feR				
a) Zahlungen für Versicherungsfälle				
aa) Bruttobetrag	- 22.839.152			- 20.697.910
bb) Anteil der Rückversicherer	20.447.470	- 2.391.682		18.977.810
b) Veränderung der Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle				
aa) Bruttobetrag	- 277.335			- 123.994
bb) Anteil der Rückversicherer	269.731	- 7.604	- 2.399.286	104.891
7. Veränderung der übrigen versicherungstechnischen Netto-Rückstellungen				
a) Deckungsrückstellung				
aa) Bruttobetrag	- 14.726.156			- 16.866.389
bb) Anteil der Rückversicherer	6.218.399	- 8.507.757		8.843.373
8. Aufwendungen für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattungen feR			- 180.000	- 130.000
9. Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb feR				
a) Abschlussaufwendungen	- 758.041			- 895.148
b) Verwaltungsaufwendungen	- 945.370	- 1.703.411		- 995.463
c) davon ab: Erhaltene Provisionen und Gewinnbeteiligungen aus dem in Rückdeckung gegebenen Versicherungsgeschäft		564.713	- 1.138.698	213.155
Übertrag:			13.307.155	12.547.814

	2024		2023
	€	€	€
Übertrag:		13.307.155	12.547.814
10. Aufwendungen für Kapitalanlagen			
a) Aufwendungen für die Verwaltung von Kapitalanlagen, Zinsaufwendungen und sonstige Aufwendungen für die Kapitalanlagen	- 398.789		- 422.926
b) Abschreibungen auf Kapitalanlagen	- 62		- 902
c) Verluste aus dem Abgang von Kapitalanlagen	- 749.713	- 1.148.564	- 618.105
11. Nicht realisierte Verluste aus Kapitalanlagen		0	0
12. Sonstige versicherungstechnische Aufwendungen feR		- 11.460.420	- 11.184.597
13. Versicherungstechnisches Ergebnis feR		698.171	321.284
<b>II. Nichtversicherungstechnische Rechnung</b>			
1. Sonstige Erträge	172.969		80.652
2. Sonstige Aufwendungen	- 236.164	- 63.195	- 230.928
3. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit		634.976	171.008
4. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag		- 139.976	- 121.008
5. Jahresüberschuss		495.000	50.000
6. Gewinnvortrag aus dem Vorjahr		4.847.108	4.797.108
7. Bilanzgewinn		5.342.108	4.847.108

## Anhang

### Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

#### AKTIVA

##### A. Kapitalanlagen

Anteile an Investmentvermögen, Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere sind – soweit dem Umlaufvermögen zugeordnet –, mit den Börsen- oder Marktpreisen, höchstens mit den Anschaffungskosten bewertet; das Wertaufholungsgebot wird beachtet. Soweit Anteile an Investmentvermögen und Inhaberschuldverschreibungen dauerhaft dem Geschäftsbetrieb dienen, wird vom Wahlrecht der Bewertung nach den Grundsätzen des Anlagevermögens für einzelne Vermögensgegenstände Gebrauch gemacht.

Bei den dem Anlagevermögen zugeordneten Fonds erfolgt die Bewertung zu Anschaffungskosten. Abschreibungen werden bei einer voraussichtlich dauernden Wertminderung vorgenommen.

Sofern eine Inhaberschuldverschreibung dem Anlagevermögen zugeordnet ist, wird diese zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet und nur bei einer voraussichtlich dauernden Wertminderung bis auf den dauerhaft beizulegenden Wert abgeschrieben (gemildertes Niederstwertprinzip). Ein vorhandenes Agio und Disagio wird unter Anwendung der Effektivzinsmethode amortisiert.

Namenschuldverschreibungen werden mit ihrem jeweiligen Nennbetrag angesetzt. Agio- und Disagioträge werden durch aktive oder passive Rechnungsabgrenzung unter Anwendung der Effektivzinsmethode auf die Laufzeit verteilt. Namensschuldverschreibungen ohne laufende Verzinsung werden zu fortgeführten Anschaffungskosten bilanziert.

Schuldscheinforderungen, Darlehen und übrige Ausleihungen werden zu fortgeführten Anschaffungskosten angesetzt. Die Amortisation einer Differenz zwischen Anschaffungskosten und Rückzahlungsbetrag erfolgt unter Anwendung der Effektivzinsmethode.

Die übrigen Ausleihungen beinhalten Ausleihungen gegenüber niedersächsischen Kommunen sowie Anteile am Sicherungsfonds für Lebensversicherungen und werden zu Anschaffungskosten bilanziert.

##### C. Forderungen

Forderungen werden mit dem jeweiligen Nennwert angesetzt. Abschreibungen und Wertberichtigungen waren nicht erforderlich.

##### D. Sonstige Vermögensgegenstände

Der Ausweis der laufenden Guthaben bei Kreditinstituten und der anderen Vermögensgegenstände erfolgt mit dem jeweiligen Nennbetrag.

## PASSIVA

- B. Versicherungstechnische Rückstellung**
- Die Deckungsrückstellung ist für jede Versicherung einzelvertraglich, prospektiv mit implizit angesetzten Kosten und Bildung einer Verwaltungskosten- sowie einer Abschlusskostenreserve (letztere nicht für die Tarife PK, PK21 und PK22) ermittelt worden.
- Dabei wurden für die bis einschließlich 2005 abgeschlossenen Tarife (Altbestand) ein Rechnungszinssatz von 3,25 Prozent bzw. 2,75 Prozent sowie jeweils die mit zusätzlichen Abschlägen versehenen Heubeck-Richttafeln 1998 verwendet. Um das Sicherheitsniveau zu erhöhen, wurde eine zusätzliche Verstärkung der Deckungsrückstellung sowohl für Sterblichkeit als auch für Zinsrisiken vorgenommen. Bei der Berechnung des Auffüllungsbetrages für die Zinsverstärkung wurde ein Referenzzins von 1,90 Prozent als Rechnungsgrundlage verwendet.
- Den Berechnungen der Deckungsrückstellung für die ab 2006 abgeschlossenen Verträge (Neubestand) liegen ein Rechnungszins von 2,75 Prozent, 2,25 Prozent, 1,75 Prozent, 1,25 Prozent, 0,9 Prozent, 0,35 Prozent sowie 0,25 Prozent und Sterbetafeln auf Grundlage der DAV 2004 R der Deutschen Aktuarvereinigung zugrunde. Für ab dem 21.12.2012 neu begründete Versicherungsverhältnisse werden geschlechterunabhängige Mischtafeln verwendet. Bei der Berechnung der Zinszusatzreserve wurde ein Referenzzins von 1,57 Prozent, der gemäß § 5 Absatz 3 DeckRV ermittelt wurde, als Rechnungsgrundlage verwendet.
- Bei der Berechnung der Zinsverstärkung im Altbestand bzw. der Zinszusatzreserve im Neubestand wurden analog zum Vorjahr Kapitalabfindungs- und Stornowahrscheinlichkeiten berücksichtigt.
- Auf den Rechnungszins von 3,25 Prozent bzw. 2,75 Prozent entfallen 55,9 Prozent bzw. 21,5 Prozent der gesamten Deckungsrückstellung. Auf den Rechnungszins von 2,25 Prozent entfällt 11,8 Prozent, auf den Zinssatz 1,75 Prozent 4,3 Prozent, auf den Zinssatz von 1,25 Prozent 1,8 Prozent, auf den Zinssatz von 0,9 Prozent 3,2 Prozent, auf den Zinssatz 0,35 Prozent 0,5 Prozent sowie auf den Zinssatz 0,25 Prozent 1,1 Prozent der gesamten Deckungsrückstellung. Es handelt sich um ungezillmerte Tarife.
- Die Ermittlung der Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle erfolgt individuell je Schadenfall und unter Berücksichtigung eines Anteils für die Kosten der Schadenregulierung.
- C. Versicherungstechnische Rückstellungen im Bereich der Lebensversicherung, soweit das Anlagerisiko von den Versicherungsnehmern getragen wird**
- Die Deckungsrückstellung der fondsgebundenen Lebensversicherungen wird nach der retrospektiven Methode aus den vorhandenen Fondsanteilen der einzelnen Versicherungen ermittelt. Die Fondsanteile werden am Bilanzstichtag zum Zeitwert ermittelt.

- D. **Andere Rückstellungen** Alle anderen Rückstellungen tragen den erkennbaren Risiken und ungewissen Verbindlichkeiten angemessen Rechnung. Sie sind in der Höhe gebildet, die nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendig sind.
- E. **Depotverbindlichkeiten aus dem in Rückdeckung gegebenen Versicherungsgeschäft** Die Depotverbindlichkeiten sind nach den Berechnungsgrundlagen der Rückversicherungsverträge ermittelt.
- F. **Andere Verbindlichkeiten** Der Ansatz erfolgt mit dem jeweiligen Erfüllungsbetrag. Verbindlichkeiten mit Restlaufzeiten von mehr als fünf Jahren bestehen nicht.
- G. **Rechnungsabgrenzungsposten** Abgegrenzt werden Disagien aus Namensschuldverschreibungen infolge der angewandten Nennwertbilanzierung.



## Erläuterungen zur Jahresbilanz

- A.I.1 Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere**
- Der Posten enthält Anteile an Investmentvermögen mit dem Anlageziel Aktien, Immobilien und Renten mit Buchwerten in Höhe von 214.663 Tausend Euro. Die beizulegenden Zeitwerte betragen 205.326 Tausend Euro. Außerplanmäßige Abschreibungen auf den niedrigeren Zeitwert sind unterblieben, da nicht von einer dauernden Wertminderung ausgegangen wird. Ausschüttungen erfolgten in Höhe von 5.496 Tausend Euro.
- A.I.2 Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere**
- Alle Inhaberschuldverschreibungen werden nach den Grundsätzen der für das Anlagevermögen geltenden Vorschriften bewertet. Außerplanmäßige Abschreibungen auf den niedrigeren Zeitwert sind unterblieben, da nicht von einer dauernden Wertminderung ausgegangen wird. Die beizulegenden Zeitwerte der betreffenden Inhaberschuldverschreibungen betragen 37.612 Tausend Euro, die Buchwerte 46.883 Tausend Euro. Es ist beabsichtigt, die Papiere bis zum Ende der jeweiligen Laufzeit zu behalten. Es liegen keine Erkenntnisse vor, dass die Papiere nicht vollständig bedient werden.
- A.I.3 Sonstige Ausleihungen**
- Außerplanmäßige Abschreibungen auf den niedrigeren Zeitwert sind bei den Namensschuldverschreibungen unterblieben, da die betreffenden Wertpapiere bis zur Endfälligkeit gehalten werden und mit einem Ausfall der Rückzahlungsbeträge nicht gerechnet wird. Die beizulegenden Zeitwerte der betreffenden Namensschuldverschreibungen betragen 86.869 Tausend Euro, die Buchwerte 102.950 Tausend Euro. In den Namensschuldverschreibungen sind Finanzinstrumente in Form von strukturierten Produkten mit einem Zeitwert von 16.532 Tausend Euro enthalten. Für diese Namensschuldverschreibungen beträgt der Buchwert 22.467 Tausend Euro.
- Bei den Schuldscheinforderungen und Darlehen sind Abschreibungen auf den niedrigeren Zeitwert unterblieben, da die betreffenden Wertpapiere bis zur Endfälligkeit gehalten werden und mit einem Ausfall der Rückzahlungsbeträge nicht gerechnet wird. Der beizulegende Wert der betreffenden Schuldscheinforderungen und Darlehen beträgt 96.484 Tausend Euro, die Buchwerte 129.491 Tausend Euro. In den Schuldscheinforderungen und Darlehen sind Finanzinstrumente in Form von strukturierten Produkten mit einem Zeitwert von 10.305 Tausend Euro enthalten. Für diese Schuldscheinforderungen und Darlehen beträgt der Buchwert 14.000 Tausend Euro.
- In den übrigen Ausleihungen sind Finanzinstrumente enthalten, die über ihrem beizulegenden Wert ausgewiesen werden. Dem Bilanzwert in Höhe von 8.915 TEUR steht ein Zeitwert in Höhe von 7.189 TEUR gegenüber. Die Bewertung zum Bilanzstichtag erfolgt mittels finanzmathematischer Berechnungen auf Basis der wichtigsten Einflussgrößen wie Zinsen und Volatilität. Da alle Papiere mit einer Kapitalgarantie ausgestattet sind, wird die Differenz bis zu den jeweiligen Laufzeitenden wieder ausgeglichen.
- D.III Andere Vermögensgegenstände**
- Es handelt sich um Steuererstattungsansprüche in Höhe von 289 (298) Tausend Euro, die aus zu hohen Vorauszahlungen resultieren.
- E. Rechnungsabgrenzungsposten**
- Es handelt sich im Wesentlichen um abgegrenzte Zinsen für Inhaberschuldverschreibungen, Namensschuldverschreibungen und Schuldscheinforderungen in Höhe von 3.851 (3.536) Tausend Euro, die erst in 2025 fällig werden. Des Weiteren beinhaltet der Posten Agiobeträge aus Namensschuldverschreibungen in Höhe von 872 (344) Tausend Euro.

## Entwicklung der Aktivposten A und B

	Bilanzwerte	Zugänge	Umbuchungen
	2023		
	€	€	€
<b>A. Kapitalanlagen</b>			
I. Sonstige Kapitalanlagen			
1. Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	214.666.633	155.779	0
2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	55.552.577	9.048.373	0
3. Sonstige Ausleihungen			
a) Namensschuldverschreibungen	151.261.408	22.147.495	0
b) Schuldscheinforderungen und Darlehen	164.859.591	3.763.798	0
c) Übrige Ausleihungen	8.857.058	98.024	0
4. Einlagen bei Kreditinstituten	0	5.000.000	0
<b>Insgesamt</b>	<b>595.197.267</b>	<b>40.213.469</b>	<b>0</b>

### Bewertungsmethoden zur Ermittlung der Zeitwerte

Die Bewertung der Beteiligungen erfolgt nach den Net Asset Value.

Bei nicht börsengehandelten Namensschuldverschreibungen und Schuldscheindarlehen werden die Zeitwerte nach der Discounted-Cashflow-Methode ermittelt.

Dabei wird der individuellen Bonität der Anlagen über Risikoaufschläge Rechnung getragen. Namensschuldverschreibungen und Schuldscheindarlehen mit derivaten Bestandteilen werden mittels geeigneter mathematischer Bewertungsverfahren bewertet. In einzelnen Fällen wird auf unabhängige externe Datenlieferanten zurückgegriffen.

Inhaberschuldverschreibungen und Anteile an Investmentvermögen werden entsprechend § 56 Abs. 2 und 3 RechVersV bewertet.

Abgänge	Zuschreibungen	Abschreibungen	Bilanzwerte	Bilanzwerte*)	Zeitwerte	Zeitwertreserve*)
€	€	€	2024 €	2024 €	2024 €	2024 €
159.761	0	62	214.662.589	214.662.589	205.326.361	- 9.336.228
1.974.221	0	0	62.626.729	62.626.729	53.816.697	- 8.810.032
9.500.000	0	0	163.908.903	163.992.261	150.162.188	- 13.830.073
7.074.910	0	0	161.548.479	161.548.479	130.143.659	- 31.404.820
0	902	0	8.955.984	8.955.984	7.230.784	- 1.725.200
0	0	0	5.000.000	5.000.000	4.999.474	- 526
<b>18.708.892</b>	<b>902</b>	<b>62</b>	<b>616.702.684</b>	<b>616.786.042</b>	<b>551.679.163</b>	<b>- 65.106.879</b>

\*) ohne A; einschl. Agien und Disagien

Für die in die Überschussbeteiligung einzubeziehenden Kapitalanlagen vor Abzug eines Sicherungsbedarfs ergeben sich als

	2024 €
Gesamtsumme der Anschaffungskosten	616.786.042
Gesamtsumme der beizulegenden Zeitwertes	551.679.163
<b>Saldo</b>	<b>- 65.106.879</b>

**A.I Eingefordertes / gezeichnetes Kapital**

Das gezeichnete Kapital beträgt 3 Millionen Euro und ist eingeteilt in 300 Stückaktien.

**A.II Kapitalrücklage**

Die Kapitalrücklage setzt sich wie folgt zusammen:

	2024 €	2023 €
<b>Kapitalrücklage</b>		
nach:		
§ 272 Abs. 2 Nr. 1 HGB	500.000	500.000
§ 272 Abs. 2 Nr. 4 HGB	23.406.911	23.406.911
<b>Stand am Ende des Geschäftsjahres</b>	<b>23.906.911</b>	<b>23.906.911</b>

## A.III Gewinnrücklagen

## 1. andere Gewinnrücklagen

Entwicklung	2024 €	2023 €
Stand zu Beginn des Geschäftsjahres	3.093.089	3.093.089
Zuführung aus dem Bilanzgewinn	0	0
<b>Stand am Ende des Geschäftsjahres</b>	<b>3.093.089</b>	<b>3.093.089</b>

## A.IV Bilanzgewinn

Entwicklung	2024 €	2023 €
Jahresüberschuss	495.000	50.000
Gewinnvortrag	4.847.108	4.797.108
<b>Bilanzgewinn</b>	<b>5.342.108</b>	<b>4.847.108</b>

## B.I Deckungsrückstellung

Im Berichtsjahr wurde die Zinsverstärkung im Altbestand bzw. die Zinszusatzreserve im Neubestand als Teil der Deckungsrückstellung analog zum vorangegangenen Berichtsjahr unter Berücksichtigung unternehmensspezifischer Wahrscheinlichkeiten mit entsprechenden Sicherheiten für die Ausübung des Kapitalwahlrechts und der Storno-Option gebildet. Insgesamt besteht zum Bilanzstichtag eine Zinsverstärkung bzw. Zinszusatzreserve in Höhe von 54.714 (53.488) Tausend Euro. Zur langfristigen Absicherung der Zinsverpflichtungen wurde die Zinsverstärkung bzw. Zinszusatzreserve damit um 1.227 Tausend Euro weiter erhöht.

## B.III Rückstellung für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung

	2024 €	2023 €
Stand zu Beginn des Geschäftsjahres	4.988.598	5.167.271
Entnahme	811.604	308.673
Zuführungen	180.000	130.000
<b>Stand am Ende des Geschäftsjahres</b>	<b>4.356.994</b>	<b>4.988.598</b>
davon:		
Festgelegte, aber noch nicht zugeteilte laufende Überschussanteile	891.472	751.420
Ungebundene	3.465.252	4.237.178

D.II Sonstige Rückstellungen	2024	2023
	€	€
Jahresabschlussprüfung	28.600	9.000
Personalarückstellung	0	0
Rechtsberatung	0	0
<b>Insgesamt</b>	<b>28.600</b>	<b>9.000</b>

**F.I Verbindlichkeiten aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft** Die ausgewiesenen Verbindlichkeiten beinhalten überwiegend vorausgezahlte Beiträge.

**G. Rechnungsabgrenzungsposten** Der Posten beinhaltet Disagien aus Namensschuldverschreibungen privatrechtlicher Geld- und Kreditinstitute sowie gegenüber Bund, Länder, Gemeinden und andere Körperschaften in Höhe von 789 (849) Tausend Euro.

## Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

**I.1.a) Gebuchte Beiträge** Sämtliche Beiträge resultieren aus dem Inlandsgeschäft.

Kapitalversicherungen	2024	2023
	€	€
Laufende Beiträge	0	0
Einmalbeiträge	0	0

Renten- und Pensionsversicherungen	2024	2023
	€	€
Laufende Beiträge	0	0
Einmalbeiträge	22.526.380	22.837.882

Davon aus:	2024	2023
	€	€
Einzelversicherungen	8.220.883	8.202.766
Kollektivversicherungen	14.305.497	14.635.116

## Sonstige Angaben

### Provisionen und Bezüge der Versicherungsvertreter, Personalaufwendungen

	2024 €	2023 €
1. Provisionen jeglicher Art der Versicherungsvertreter im Sinne des § 92 HGB für das selbst abgeschlossene Versicherungsgeschäft	593.998	702.724
2. Sonstige Bezüge der Versicherungsvertreter im Sinne des § 92 HGB	0	0
3. Löhne und Gehälter	65.000	62.167
4. Soziale Abgaben und Aufwendungen für Unterstützung	0	0
5. Aufwendungen für Altersversorgung	0	0
<b>6. Aufwendungen insgesamt</b>	<b>593.998</b>	<b>702.724</b>

### Haftungsverhältnisse und finanzielle Verpflichtungen

Gegenüber dem Sicherungsfonds für die Lebensversicherer besteht eine latente Verpflichtung zur Einzahlung zusätzlicher Eigenmittel in Höhe von 557 Tausend Euro. Derzeit wird mit einer Einforderung nicht gerechnet.

Weitere im Jahresabschluss angabepflichtige Haftungsverhältnisse i. S. d. § 251 HGB, sonstige aus dem Jahresabschluss nicht ersichtliche Haftungsverhältnisse oder wesentliche andere finanzielle Verpflichtungen i. S. v. § 285 Nr. 3 i. V. m. § 341 a Abs. 2 Satz 4 HGB bestehen nicht.

### Rückversicherungssaldo

Der Rückversicherungssaldo nach RechVersV beträgt 14.937 (14.657) Tausend Euro zu Lasten des Rückversicherers. Zusätzlich ergaben sich Depotzinsen 11.311 (11.175) Tausend Euro und sonstige versicherungstechnische Erträge von 142 (0) Tausend Euro zu Gunsten der Rückversicherer.

### Weitere Angaben

Nach der vorliegenden Mitteilung gemäß § 20 Abs. 4 AktG hält die Landschaftliche Brandkasse Hannover, Hannover, das gesamte gezeichnete Kapital der Provinzial Pensionskasse Hannover AG, Hannover.

Offene Vorkäufe auf Namensschuldverschreibungen und Namenspfandbriefe bestehen zum Bilanzstichtag nicht.

Latente Verpflichtungen, Namensschuldverschreibungen und Schuldscheindarlehen zu einem vorab festgelegten Zinssatz zu erwerben, bestehen nicht.

Es werden keine Arbeitnehmer beschäftigt.

Im Geschäftsjahr erfolgten Tantiemезahlungen an die Vorstände in Höhe von 50 Tausend Euro.

An die Mitglieder des Aufsichtsrats wurden im Geschäftsjahr keine Vergütungen gezahlt.

Das im Geschäftsjahr als Aufwand erfasste Honorar ohne Umsatzsteuer für den Abschlussprüfer beträgt für die Prüfung des Jahresabschlusses 39 Tausend Euro. Davon entfallen auf das Vorjahr 5 Tausend Euro. Für andere Beratungsleistungen (Prüfung der Meldung gemäß SichLVFinV) beträgt der Aufwand 2 Tausend Euro.

Die Landschaftliche Brandkasse Hannover erstellt einen Konzernabschluss, in dem die Provinzial Pensionskasse Hannover AG, Hannover, als abhängiges Unternehmen einbezogen wird. Die Veröffentlichung des Konzernabschlusses erfolgt im Unternehmensregister des Bundesanzeiger Verlags.

Die Provinzial Pensionskasse Hannover AG, Hannover, ist im Handelsregister B des Amtsgerichts Hannover unter der Nummer HRB 60620 eingetragen.

Vorgänge von besonderer Bedeutung bezüglich der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage haben nach Schluss des Geschäftsjahrs nicht stattgefunden.

### **Überschussbeteiligung der Versicherungsnehmer**

Bei Abschluss eines Altersvorsorgevertrags wird ein langfristiges Vertragsverhältnis eingegangen. Um die vereinbarten Versicherungsleistungen während der gesamten Versicherungsdauer zu gewährleisten, sind die in die Tarifikalkulation einfließenden, von der Aufsichtsbehörde genehmigten Rechnungsgrundlagen vorsichtig gewählt. Dadurch entstehen im Allgemeinen Überschüsse, an denen jeder Vertrag im Rahmen der Überschussbeteiligung teilhat. Die Höhe dieser Überschüsse hängt von der Verzinsung der Kapitalanlagen, der Entwicklung der Lebenserwartung und dem Verlauf der Kosten ab. Die daraus resultierenden Ergebnisse unterliegen jedoch Schwankungen. Kurzfristige Schwankungen können in aller Regel ausgeglichen werden. Lang anhaltende Änderungen, z. B. an den Kapitalmärkten oder wenn die Lebenserwartung stärker als bisher eingerechnet steigt, führen dagegen zu einer entsprechenden Anpassung der Überschussanteilsätze.

Das System der Überschussbeteiligung, also die Art und Weise wie der Überschuss festgestellt und den Verträgen zugeteilt wird, erfolgt für die bis einschließlich 2005 angebotenen Tarife entsprechend dem von der Aufsichtsbehörde, der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht, genehmigten Geschäftsplan für die Überschussbeteiligung. Für die ab 2006 abgeschlossenen Verträge sind allein die gesetzlichen und vertraglichen Bestimmungen maßgebend. Die Überschussanteilsätze werden jährlich vom Vorstand auf Vorschlag des Verantwortlichen Aktuars für das Folgejahr festgelegt.

Derzeit gilt folgendes Verfahren:

#### Tarife PK bis PK17

Für die bis einschließlich 2020 angebotenen Tarife werden die Überschüsse jährlich zum 1.7. eines Jahres den Verträgen zugeteilt. Der Zinsüberschussanteil wird vor Rentenbeginn in Prozent des arithmetischen Mittels des Deckungskapitals am Jahresanfang und Jahresende des Vorjahres ermittelt. Nach Rentenbeginn ist das gewinnberechtigende Deckungskapital am Zuteilungstermin maßgeblich. Der Grundüberschuss wird in Prozent der erreichten Jahresrente errechnet. Hinzu können Schlussüberschussanteile kommen. Die jährlichen Überschussanteile werden als Einmalbeiträge für eine Zusatzrente verwendet, die zusammen mit der vertraglich vereinbarten Rente fällig wird. Hierdurch erhöht sich die versicherte Rente; nach Rentenbeginn ergibt sich dadurch eine jährlich zum 1.7. steigende Gesamt-Rente.

#### Tarife PK21 und PK22

Für die ab 2021 angebotenen Tarife werden die Überschüsse vor Beginn der Rentenzahlung jeweils zum Ende eines Monats den Verträgen zugeteilt. Der laufende Überschussanteil setzt sich entsprechend seiner Entstehung aus einem Grundüberschuss und einem Zinsüberschuss zusammen. Der Grundüberschuss wird in Prozent der Beitragssumme berechnet. Der monatliche Zinsüberschuss wird mit Hilfe des Garantiedeckungskapitals sowie des Wertes einer eventuell vorhandenen Bonusrente zu Beginn des Monats der Zuteilung und einem zeitanteiligen Zinsüberschussanteilssatz berechnet. Hinzu können Schlussüberschussanteile kommen. Die laufenden Überschussanteile werden in Fondsanteile umgewandelt und dem Anlagestock zugeführt. Wurde der Wert der entsprechenden Fondanlage durch Ausüben der Sicherungsoption in das konventionelle Deckungskapital überführt, werden die laufenden Überschussanteile als Einmalbeiträge für eine Zusatzrente verwendet, die zusammen mit der vertraglich vereinbarten Rente fällig wird.

Nach Beginn der Rentenzahlung erhalten die Verträge jeweils zum Ende eines Rentenbezugsjahres, erstmals am Ende des ersten Jahres nach Beginn der Rentenzahlung, einen Zinsüberschuss als jährlichen Überschussanteil. Das Rentenbezugsjahr beginnt mit dem im Versicherungsschein genannten Tag der ersten Rentenzahlung. Maßgeblich ist das gewinnberechtigende Deckungskapital am Zuteilungstermin. Die jährlichen Überschussanteile werden als Einmalbeiträge für eine Zusatzrente verwendet. Dadurch ergibt sich eine jährlich zum Ende eines Rentenbezugsjahres steigende Gesamt-Rente.

#### Beteiligung an den Bewertungsreserven

Ferner ist bei Beendigung des Vertrages in der Aufschubzeit sowie zu Rentenbeginn der Versicherungsnehmer an etwaig vorhandenen Bewertungsreserven unter Berücksichtigung des Sicherungsbedarfes zu beteiligen. Bedingt durch die hohen Wertschwankungen an den Kapitalmärkten können sich diese anteiligen Bewertungsreserven monatlich erheblich verändern. Für die Beteiligung kann jährlich eine Sockelbeteiligung festgelegt werden. Ist die tatsächlich zustehende Beteiligung höher als die Sockelbeteiligung, wird der übersteigende Teil zusätzlich bezahlt.



Zurzeit ist keine Sockelbeteiligung festgelegt. Alle laufenden Renten erhalten zur Beteiligung an den Bewertungsreserven grundsätzlich einen zusätzlichen Überschussanteil.

Für das Jahr 2025 wurden die folgenden jährlichen Überschussanteilsätze (laufende Überschussbeteiligung) für Anwärter und Rentner festgelegt:

#### Zinsüberschussanteile des gewinnberechtigten Deckungskapitals

Tarif (Faktorentabelle)	Jährlicher Überschussanteil Anwärter in %	Jährlicher Überschussanteil Rentner in %
PK, PK04, PK05, PK06 jeweils in den Tarifstufen (TS) N, F, V	–	–
PK07, PK08 und PK09 in den TS N, F, V	0,25 %	0,25 %
PK12 und PK13 in den TS N, F, V	0,75 %	0,75 %
PK15 in den TS N, F, V	1,25 %	1,25 %
PK17 in den TS N, F, V	1,60 %	1,60 %
PK21 in den TS N, F, V, E	2,15 %	2,00 %
PK22 in den TS N, F, V, E	2,25 %	2,25 %

Rentner erhalten keinen erhöhten Überschussanteilsatz im Vergleich zu den Anwärtern. Unter Berücksichtigung des Sicherheitsbedarfs ergibt sich keine zusätzliche Beteiligung an den Bewertungsreserven.

Weitere Überschussanteilsätze werden nicht gewährt.

Hannover, den 14. Februar 2025

Der Vorstand

Kerstin Garbe

Christian Drögemüller

# Bestätigungsvermerk

## Bestätigungsvermerk des unabhängigen Abschlussprüfers

### Prüfungsurteile

Wir haben den Jahresabschluss der Provinzial Pensionskasse Hannover AG, Hannover, – bestehend aus der Bilanz zum 31. Dezember 2024 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2024 sowie dem Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden – geprüft. Darüber hinaus haben wir den Lagebericht der Provinzial Pensionskasse Hannover AG für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2024 geprüft.

Die im Abschnitt „Sonstige Informationen“ unseres Bestätigungsvermerks genannten Bestandteile des Lageberichts haben wir in Einklang mit den deutschen gesetzlichen Vorschriften bei der Bildung unseres Prüfungsurteils zum Lagebericht nicht berücksichtigt geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen, für Versicherungsunternehmen geltenden handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft zum 31. Dezember 2024 sowie ihrer Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2024 und
- vermittelt der beigefügte Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar. Unser Prüfungsurteil zum Lagebericht erstreckt sich nicht auf den Inhalt der im Abschnitt „Sonstige Informationen“ genannten Bestandteile des Lageberichts.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichts geführt hat.

### Grundlage für die Prüfungsurteile

Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts“ unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind vom dem Unternehmen unabhängig in Übereinstimmung mit den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht zu dienen.

## Sonstige Informationen

Der Vorstand bzw. der Aufsichtsrat ist für die sonstigen Informationen verantwortlich. Die sonstigen Informationen umfassen die folgenden Bestandteile:

- die im Bericht zur Offenlegungs-Verordnung enthaltenen Angaben gemäß Art. 11 der Verordnung (EU) 2019/2088 und Art. 5 bis 7 der Verordnung (EU) 2020/852.

Die sonstigen Informationen umfassen zudem die übrigen Teile des Geschäftsberichts. Die sonstigen Informationen umfassen nicht den Jahresabschluss, die vom Prüfungsurteil umfassten Lageberichtsangaben sowie unseren dazugehörigen Bestätigungsvermerk.

Unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht erstrecken sich nicht auf die sonstigen Informationen, und dementsprechend geben wir in diesem Bestätigungsvermerk weder ein Prüfungsurteil noch irgendeine andere Form von Prüfungsschlussfolgerungen hierzu ab.

Im Zusammenhang mit unserer Prüfung haben wir die Verantwortung, die oben genannten sonstigen Informationen zu lesen und dabei zu würdigen, ob die sonstigen Informationen

- wesentliche Unstimmigkeiten zum Jahresabschluss, zu den vom Prüfungsurteil umfassten Lageberichtsangaben oder unseren bei der Prüfung erlangten Kenntnissen aufweisen oder
- anderweitig wesentlich falsch dargestellt erscheinen.

## Verantwortung des Vorstands und des Aufsichtsrats für den Jahresabschluss und den Lagebericht

Der Vorstand ist verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den deutschen, für Versicherungsunternehmen geltenden handelsrechtlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt. Ferner ist der Vorstand verantwortlich für die internen Kontrollen, die er in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt hat, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen (d. h. Manipulationen der Rechnungslegung und Vermögensschädigungen) oder Irrtümer ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses ist der Vorstand dafür verantwortlich, die Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren hat er die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus ist er dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Außerdem ist der Vorstand verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner ist der Vorstand verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die er als notwendig erachtet hat, um die Aufstellung eines Lageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften zu ermöglichen und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Lagebericht erbringen zu können.

Der Aufsichtsrat ist verantwortlich für die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses der Gesellschaft zur Aufstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts.

### **Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts**

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern ist, und der Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnen Erkenntnissen in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus dolosen Handlungen oder Irrtümern resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage diese Jahresabschlusses und Lageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung über wir pflichtgemäßes Ermessen aus bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher falscher Darstellungen im Jahresabschluss und im Lagebericht aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass eine aus dolosen Handlungen resultierende wesentliche falsche Darstellung nicht aufgedeckt wird, ist höher als das Risiko, dass eine aus Irrtümern resultierende wesentliche falsche Darstellung nicht aufgedeckt wird, da dolose Handlungen kollusives Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.
- erlangen wir ein Verständnis von den für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen Kontrollen und den für die Prüfung des Lageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit der internen Kontrollen der Gesellschaft bzw. dieser Vorkehrungen und Maßnahmen abzugeben.
- beurteilen wir die Angemessenheit der vom Vorstand angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der vom Vorstand dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.
- ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des vom Vorstand angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss

kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss und im Lagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass die Gesellschaft ihre Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann.

- beurteilen wir Darstellung, Aufbau und Inhalt des Jahresabschlusses insgesamt einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt.
- beurteilen wir den Einklang des Lageberichts mit dem Jahresabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage des Unternehmens.
- führen wir Prüfungshandlung zu den vom Vorstand dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Lagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben vom Vorstand zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrunde liegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

Wir erörtern mit den für die Überwachung Verantwortlichen unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger bedeutsamer Mängel in internen Kontrollen, die wir während unserer Prüfung feststellen.

Hannover, den 16. April 2025

KPMG AG  
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

gez. Hensen  
Wirtschaftsprüferin

gez. Reinhardt  
Wirtschaftsprüfer

# Bericht des Aufsichtsrats

Der Aufsichtsrat hat die Geschäftsführung des Vorstands während des Berichtsjahres entsprechend der nach Gesetz und Satzung zugewiesenen Aufgaben überwacht. Er war in alle Entscheidungen von grundlegender Bedeutung für das Unternehmen eingebunden.

Im Geschäftsjahr fanden zwei Sitzungen des Aufsichtsrats statt. In den Sitzungen wurde unter anderem über den Jahresabschluss des Vorjahres, über die Geschäftsentwicklung 2024 und die Planung 2025 beraten.

Über alle wesentlichen Sachverhalte wurde der Aufsichtsrat durch die Vorstandsmitglieder laufend informiert. Insbesondere erfolgte eine laufende Berichterstattung über die Entwicklung der Deckungsrückstellung und der Zinszusatzreserve.

Der Aufsichtsrat, vertreten durch den Aufsichtsratsvorsitzenden, erteilte den Prüfungsauftrag an die KPMG AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Hannover. Die Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Der abschließende Prüfungsbericht enthält den uneingeschränkten Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers. Zusammen mit dem Jahresabschluss hat der Wirtschaftsprüfer auch den Bericht über die Beziehungen zu verbundenen Unternehmen geprüft. Hier hat der Wirtschaftsprüfer bestätigt, dass die tatsächlichen Angaben des Berichtes richtig sind und bei den im Bericht aufgeführten Rechtsgeschäften die Leistung der Gesellschaft nicht unangemessen hoch war.

Alle Mitglieder haben rechtzeitig vor der Bilanzsitzung den Jahresabschluss nebst Lagebericht und den Bericht des Wirtschaftsprüfers über die Jahresabschlussprüfung erhalten. Der Abschlussprüfer nahm an der Bilanzsitzung des Aufsichtsrats teil, berichtete über die wesentlichen Ergebnisse seiner Prüfung und beantwortete die Fragen der Mitglieder.

Weiterhin stellte der verantwortliche Aktuar seinen Erläuterungsbericht und Angemessenheitsbericht vor, berichtete über die wesentlichen Ergebnisse der versicherungsmathematischen Berechnungen und beantwortete die Fragen der Mitglieder.

Nach dem abschließenden Ergebnis seiner Prüfung billigte der Aufsichtsrat den Jahresabschluss und stellte ihn in der vorgelegten Form fest. Der Aufsichtsrat legt den festgestellten Jahresabschluss der Hauptversammlung zur Bestätigung vor.

Weiterhin wurde zur Bilanzsitzung der vom Vorstand gemäß § 312 AktG aufgestellte Bericht über die Beziehungen zu verbundenen Unternehmen vorgelegt und geprüft. Einwendungen hiergegen bestanden nicht. Der Aufsichtsrat hat sich ferner mit dem Prüfungsbericht der Wirtschaftsprüfer über den Bericht über die Beziehungen zu verbundenen Unternehmen befasst und hat auch hier keine Einwendungen.

Der Aufsichtsrat dankt den Vorstandsmitgliedern für ihren Einsatz und für die geleistete Arbeit.

Hannover, den 29. April 2025

Jörg Sinner  
Vorsitzender

# Impressum

Herausgeber:

VGH Versicherungen

Schiffgraben 4

30159 Hannover

Telefon 0511 362-0

Telefax 0511 362 29 60

E-Mail [service@vgh.de](mailto:service@vgh.de)

Internet [www.vgh.de](http://www.vgh.de)